Morgenausgabe

Nr. 127 / A 64 — 49. Jahrgang

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 3.25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3.97 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 5.65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4.65 M.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend". Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Mittwoch 16. März 1932

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspalt. Millimeterzeile 80 Pf. Reklamezeile 2.— M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20 Pf. (zulässig zwei fettgedruckte Worte) jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt lt. Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 35 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr. Dönhoff (A 7) 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3 Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemer Str. 65-68.

Stahlhelm gibt auf!

„Ablehnung aller nationalsozialistischen Diktaturgelüste."

Die Harzburger Front ist bei der ersten politischen Belastungsprobe, der sie ausgesetzt war, bei der Reichspräsidentenwahl auseinandergefallen. Der Trost, man werde sich beim zweiten Wahlgang schon wieder zusammenfinden, blieb trügerisch. Hitler stellte sofort wieder sich selber auf. Hugenberg versuchte zugleich ein politisches Handelsgeschäft mit dem zweiten Wahlgang und geriet dadurch in Gegensatz zu Hitler. Der Stahlhelm schließlich, der den deutschnationalen Zählkandidaten gestellt hat, nimmt wiederum eine von den anderen unabhängige Stellung ein, indem er das Rennen aufgibt und auf eine Kandidatur im zweiten Wahlgang verzichtet.

Der „Stahlhelm-Pressedienst" schreibt:

Der Reichspräsident von Hindenburg hat am 13. März 18,5 Millionen Stimmen auf sich zu vereinigen vermocht. Von der nächst höchsten Stimmziffer, der des nationalsozialistischen Parteiführers Hitler, trennen ihn mehr als 7 Millionen. An der absoluten Mehrheit fehlen nur knappe 200 000 Stimmen. Wir sind nicht Demokraten und Formalisten genug, um zu bestreiten, daß damit Hindenburg praktisch den Sieg im Wahlkampf errungen hat. Ein zweiter Wahlgang könnte kein anderes Ergebnis zeitigen. Es ist damit, selbst wenn er aus formellen Gründen stattfinden muß, politisch bedeutungslos geworden. Wenn also eine Möglichkeit besteht, um die Formalität des zweiten Wahlganges herumzukommen, so haben wir dagegen nichts einzuwenden, obgleich unsere grundsätzlichen Bedenken gegen eine etwaige Verquickung der Präsidentschaftsfrage mit parlamentarischen Entscheidungen unverändert fortbestehen.

Das ist ein ziemlich deutliches Abrücken von Hugenberg, der die fehlenden 200 000 Stimmen vergeblich zu einem Erpressergeschäft auszunutzen versucht hat. Noch viel deutlicher aber wird der „Stahlhelm-Pressedienst" gegenüber Hitler. Er bezeichnet in einem Rückblick den Kampf gegen das „System" als den ersten Grund, der zur Aufstellung eines Stahlhelm-Kandidaten im ersten Wahlgang geführt hat, und fährt dann fort:

Der zweite Grund, der den Stahlhelm veranlaßt hatte, zusammen mit den übrigen Gruppen des Kampfblockes Schwarz-Weiß-Rot die Kandidatur Duesterberg aufzustellen, war der Entschluß, sich **unter keinen Umständen einer nationalsozialistischen Parteidiktatur zu unterwerfen.** Auch dieser Entschluß bleibt richtunggebend bestehen. Es ist bedauerlich, daß der Führer der NSDAP., wie aus seiner Kundgebung, nach der er beabsichtigt, auch im zweiten Wahlgang zu kandidieren, hervorgeht, offenbar auch nach dem 13. März noch nicht die Notwendigkeit einheitlichen und loyalen Zusammenwirkens aller Gruppen der nationalen Opposition erkannt hat.

Der „Stahlhelm-Pressedienst" schließt:

Der Kampf für einen grundsätzlichen Systemwechsel unter Ablehnung aller nationalsozialistischen Diktaturgelüste muß deshalb gerade in der nächsten Zeit mit voller Schärfe weitergeführt werden.

Die Stahlhelmkandidatur wird damit nachträglich noch als eine Kampfkandidatur mehr gegen Hitler als gegen Hindenburg deklariert. Gegen die Nazis wird Kampfstellung bezogen. Der Stahlhelm will das bestehende „System" auf alle Fälle weg haben, aber um keinen Preis will er es durch das nationalsozialistische System ersetzt sehen.

Wie lange diese Standhaftigkeit halten wird, bleibt abzuwarten. Einstweilen ist festzustellen, daß das ganze Theater von Harzburg mit seinen nationalen Befreiungsmärschen und Tschindara-Bumbum nur Theater war, wie auf jener Seite eben alles Theater ist. Die Harzburger Front befindet sich in voller Auflösung, im tollsten Durcheinander.

Kann man das Reich, kann man Preußen dieser Gesellschaft ausliefern? Das sind die Fragen, die das Volk am 10. und am 24. April zu beantworten haben wird.

Hitler — geheimer Gendarm!

Frick gesteht vor dem Untersuchungsausschuß: Hitler hat die Anstellungsurkunde als „Gendarmeriekommissar ohne Examen" empfangen und den Empfang bestätigt!

Weimar, 15. März. (Eigenbericht.)

Vor dem vom Thüringer Landtag eingesetzten Untersuchungsausschuß über Vorkommnisse bei der Thüringer Landespolizei waren am Dienstag als Zeugen geladen und erschienen: Stennes-Berlin, Hitler-München, Frick-München und der thüringische Landtagsabgeordnete Sauckel. Hitler und seine Komplicen fuhren in zwei Luxuswagen vor. In seiner Begleitung befand sich u. a. auch Goebbels.

Verhandelt wurde über die

Ernennung Hitlers zum Gendarmeriekommissar von Hildburghausen

durch Frick sowie über die Auswahl der Anwärter für die thüringische Polizei durch die Gauleitung der Nationalsozialistischen Partei in Weimar. Den beiden Beamten, die von der Anstellung Hitlers zum Gendarmeriekommissar wußten, hat der Innenminister keine Aussagegenehmigung erteilt. Der Ausschuß verlangte jedoch, daß darüber ein Beschluß des Gesamtkabinetts herbeigeführt wird.

Stennes sagte aus, als er noch der Hitler-Partei angehört habe, sei er sehr oft nach München gekommen, und da habe man sich des öfteren über die Einbürgerung Hitlers unterhalten, schon wegen der Gefahr der Ausweisung.

Frick sagte aus, daß er schon 1929 in Bayern den Versuch gemacht habe, Hitler die Staatsangehörigkeit zu beschaffen. Der Versuch sei allerdings gescheitert. Als er dann Minister in Thüringen geworden sei, habe er alles versucht, um endlich die Angelegenheit zu bereinigen und Hitler die deutsche Staatsangehörigkeit zu beschaffen. Im Frühjahr 1930 habe sich das Staatsministerium mit einer Kleinen Anfrage des staatsparteilichen Abgeordneten zu befassen gehabt, in der gefragt worden wäre, ob es richtig sei, daß Hitler durch Einstellung in den thüringischen Staatsdienst die Staatsangehörigkeit erhalten sollte. Ich hatte damals vor, — so erklärte Frick wörtlich — Hitler zum Direktor der Weimarschen Kunsthochschule zu machen. Minister Baum äußerte jedoch seine Bedenken, daß man warten solle bis zum Sommer, wenn die Zeiten auf politischem Gebiet ruhiger geworden seien, wenn der Landtag nicht mehr tage. „Nach reiflicher Ueberlegung habe ich dann, während Minister Baum auf Urlaub war und ich ihn vertreten habe, ohne mit Hitler Fühlung genommen zu haben, Hitler zum Gendarmeriekommissar in Hildburghausen ernannt. Ich trage die volle Verantwortung allein hierfür und habe mich hierzu als Ressortminister berechtigt gehalten.

Die Anstellungsurkunde habe ich auf dem Gautag der Nationalsozialisten in Gera am 12. Juni 1930 Hitler überreicht. Ich wollte auch auf dem Gautag der Oeffentlichkeit das bekanntgeben, daß Hitler nunmehr deutscher Staatsangehöriger sei, aber Hitler war dagegen. Die Urkunde hat Hitler an sich genommen und sich die Entscheidung vorbehalten. Erst als Hitler in Leipzig vor dem Reichsgericht aussagte, daß er staatenlos sei, habe ich erfahren, daß Hitler von der Anstellungsurkunde keinen Gebrauch gemacht hat."

Frick ist weiter der Meinung, daß die Anstellung Hitlers als Gendarmeriekommissar keine Scheinanstellung gewesen sei. Auf Befragen sagt er aus, daß er die von Hitler unterzeichnete Empfangsbestätigung zerrissen habe. Die Anstellungsurkunde sei wahrscheinlich von Hitler auch zerrissen worden. **Die Frage, ob er Hitler für fähig gehalten habe, den Posten eines Gendarmeriekommissars ohne Prüfung zu übernehmen, bejaht Frick.**

Hitler bestätigt, daß er von Frick die Anstellungsurkunde in Gera auf dem Gautag erhalten habe, nur könne er sich nicht mehr besinnen, ob er eine Empfangsbestätigung hierüber unterschrieben hat. Er, Hitler, habe gleich den Eindruck gehabt, als könne er das nicht annehmen, deshalb habe er die Urkunde in den nächsten Tagen zerrissen und verbrannt. Mit Frick habe er vor der Ausstellung der Urkunde nicht gesprochen. Hitler gibt ferner auf Befragen zu, daß er nie einen Antrag gestellt hat, deutscher Staatsangehöriger zu werden.

Als er gefragt wurde, warum er sich nicht verbeten hat, daß krumme Wege zu seiner Einbürgerung beschritten wurden, brüllte er wie ein Besessener. Das gleiche Schauspiel wiederholte sich, als er daran erinnert wird, daß nach seiner eigenen Aussage in seiner Partei nichts ohne seinen Willen und ohne sein Wissen geschehe.

Als letzter Zeuge wird der nationalsozialistische Abgeordnete Sauckel vernommen, der zugibt, daß unter Frick die Gesuche um Einstellung in die thüringische Landespolizei erst an das Gaubüro der Nationalsozialisten geleitet wurden, um die Gesuchsteller auf ihre Parteizugehörigkeit zu prüfen.

Lehren der Zahlen.

Eine Durchleuchtung der Wahlergebnisse.

Von Georg Decker.

Der Sinn der Wahlergebnisse wird jedesmal nicht zuletzt durch den Vergleich mit den vorangegangenen Wahlen erkannt. Es ist aber nicht immer leicht, die richtige Grundlage für den Vergleich zu finden. Um so bequemer können dann die Wahllegenden entstehen. Eine solche Legende über die Reichspräsidentenwahl, nämlich die, daß „die Deutschnationalen sich gut behauptet haben" wollen wir gleich einer näheren Betrachtung unterziehen. Auf diese Weise wird man wichtige Anhaltspunkte für die Beurteilung der Wahlergebnisse gewinnen.

Duesterberg erhielt 2 558 000 Stimmen, während die Deutschnationalen bei den letzten Reichstagswahlen 2 458 000 Stimmen hatten. Also, wird die Schlußfolgerung gezogen, haben sich die Deutschnationalen „gut behauptet". Diese Schlußfolgerung wäre jedoch nur dann richtig, wenn es zulässig wäre, die Duesterberg-Stimmen mit den deutschnationalen Stimmen allein zu vergleichen. Duesterberg war aber nicht nur der Kandidat der Deutschnationalen, sondern auch der des Stahlhelms, und das bedeutet, daß in vielen Teilen des Reichs, namentlich in Mitteldeutschland, seine Kandidatur in starkem Maße von dem Landvolk, von der Deutschen Volkspartei und von anderen getragen wurde — in manchen Fällen trotz der offiziellen Parteiparolen!

Im Wahlkreis Thüringen, wo die Deutschnationalen am 14. September nur 54 000 Stimmen hatten, erhielt Duesterberg jetzt 168 000. Haben sich die Deutschnationalen mehr als verdreifacht? Nein, aber die Landvolk-Partei, die am 14. September in diesem Wahlkreis 120 000 Stimmen hatte, und manche Wähler der Deutschen Volkspartei haben jetzt Duesterberg gewählt.

Dort aber, wo die Kandidatur Duesterberg hauptsächlich oder fast ausschließlich von den Deutschnationalen getragen wurde, haben wir ein ganz anderes Bild. So erhielten:

in Ostpreußen: die Deutschnationalen am 14. September	206 000	Stimmen
Duesterberg	134 000	„
in Pommern: die Deutschnationalen am 14. September	243 000	„
Duesterberg	198 000	„
in Groß-Berlin: die Deutschnationalen am 14. September	351 000	„
Duesterberg	232 000	„
in Oppeln: die Deutschnationalen am 14. September	102 000	„
Duesterberg	55 000	„

Aus einer näheren Betrachtung ergibt sich also, daß die Deutschnationalen sich nicht behauptet haben, sondern viel schwächer geworden sind. Hiermit wird die frühere Erfahrung bestätigt, daß die Deutschnationalen seit den letzten Reichstagswahlen einen beträchtlichen Teil ihrer Wählermassen an die Nazis verloren. Unser Beispiel zeigt aber zugleich, wie wenig zulässig es ist, die für Hindenburg abgegebenen Stimmen ohne weiteres mit den Stimmen der „Hindenburg-Parteien" bei den Reichstagswahlen zu vergleichen.

Die Parteien der bürgerlichen „Mitte" haben in der Zwischenzeit nicht nur einige Millionen ihrer Anhänger an die Nazis abgeben müssen, sondern auch die übriggebliebenen Mitglieder haben nur zum Teil für Hindenburg, zum andern Teil aber für Duesterberg oder Hitler gestimmt. So wählte das Landvolk in Thüringen Duesterberg, in Sachsen und in Hessen hauptsächlich Hitler. Wenn Hitler in Württemberg dreimal soviel Stimmen erhalten hat wie die Nazis bei den Reichstagswahlen, so erklärt sich das zum großen Teil dadurch, daß der württembergische „Bauern- und Weingärtnerbund" mit seinen 180 000 Stimmen (bei den Reichstagswahlen) ziemlich geschlossen Hitler wählte!

In Hessen hat Hitler jetzt 280 000 Stimmen bekommen gegen 291 000 nationalsozialistische Stimmen bei den Landtagswahlen im November, also um 4 Proz. weniger. Die nationalsozialistischen Verluste in den hessischen Städten waren aber viel stärker, sie betrugen nämlich in Darmstadt 27 Proz., in Mainz und Gießen über 30 Proz., in Offenbach und Worms über 13 Proz. Die starken Verluste wurden durch die Ergebnisse auf dem Lande, die auf die Haltung des Landvolks zurückzuführen sind, einigermaßen ausgeglichen. Die Haltung des Landvolkes ist freilich kein Zufall: sie zeugt vielmehr von der fortschreitenden politischen Radikalisierung

auf dem Lande, wenigstens in einigen Teilen des Reiches. Diese Radikalisierung ist diesmal nicht nur den Nazis, sondern auch den Kommunisten zugute gekommen, die durch die Stimmenzunahme auf dem Lande manche empfindlichen Verluste in den Städten und industriellen Gebieten ausgeglichen haben. Sonst haben die Nazis im Vergleich zu den meisten Wahlen, die nach dem 14. September stattfanden, nicht unwesentlich verloren — trotz der außerordentlich starken Wahlbeteiligung. Von Hessen haben wir schon gesprochen. Im Staate Bremen haben die Nazis schon bei den Bürgerschaftswahlen am 30. November 1930 ihre Stimmenzahl gegenüber den Reichstagswahlen fast verdoppelt (50 700 gegen 26 140) und in der Stadt Bremen gar mehr als verdoppelt (45 700 gegen 22 014).

Jetzt haben sie im Staat Bremen insgesamt 42 745, also um rund 8000 oder um 16 Proz., und in der Stadt Bremen 36 253, also um 9450 oder um 21 Proz. weniger Stimmen erhalten als am 30. November 1930!

Weniger ungünstig sind für die Nazis die Wahlergebnisse in Hamburg, wo sie nur 2000 Stimmen eingebüßt haben gegenüber den Bürgerschaftswahlen, allerdings wiederum bei der stärkeren Wahlbeteiligung.

Diese Feststellungen sprechen dafür, daß man aus der Tatsache einer sehr starken Zunahme der nationalsozialistischen Stimmen seit dem September 1930 nicht die Schlußfolgerung ziehen darf, die Nazis hätten sich bis zum 13. März in einem ununterbrochenen Aufstieg befunden. Eher ist anzunehmen, daß sie den höchsten Punkt ihrer Entwicklung schon hinter sich haben. Den mächtigsten Antrieb hatte die Bewegung von dem schwindelhaften Wahlerfolg im September 1930 bekommen. Es ist deshalb nicht unwahrscheinlich, daß die Niederlage bei den Reichspräsidentenwahlen einen starken Rückschlag bewirken wird.

Thälmann hat um 400 000 Stimmen mehr bekommen als die Kommunisten bei den Reichstagswahlen. Das entspricht fast genau der stärkeren Wahlbeteiligung. Am 14. September hatten die Kommunisten im ganzen Reiche 13,1 Proz., am 13. März hat Thälmann 13,3 Proz. aller Stimmen erhalten. Durch diese Durchschnittszahlen werden aber sehr bedeutsame Verschiebungen überdeckt. Die „Rote Fahne" mußte selbst am Montag zugeben, daß „die Ergebnisse in den Industriegebieten, wo den Erfolgen sogar an manchen Stellen Stagnation und Rückgänge gegenüberstehen, das unbefriedigende Wahlergebnis in Berlin, für die Lehren dieses Wahlkampfes von ausschlaggebender Bedeutung" sind.

Im Vergleich zu den ständigen Erfolgen in der Zwischenzeit seit den Reichstagswahlen bedeutet der Ausgang der Reichspräsidentenwahl für die Kommunisten einen starken Rückschlag. In Bremen haben sie zwar im Vergleich zu den Bürgerschaftswahlen beträchtlich zugenommen, in Hamburg aber 45 000 Stimmen oder etwa 27 Proz. verloren. In Hessen haben die Kommunisten im November 106 800 Stimmen gehabt, und jetzt hat Thälmann 104 800 erhalten. Scheinbar also eine ganz geringe Abnahme. In der Tat haben aber die Thälmann-Parteien in Hessen eine empfindliche Schlappe erlitten. Diese Parteien, also KPD., Kommunistische Opposition und SAP. haben in Hessen im November zusammen 130 000 Stimmen gehabt, so daß der Rückgang etwa 25 000 oder 19 Proz. beträgt. Die SAP. hat Thälmann, für den sie auftrat, gewiß nicht viele Stimmen gebracht. Trotzdem machen sich die Folgen dieser Absplitterung in den Stimmen für Thälmann in manchen Bezirken (zum Beispiel in Breslau und Hessen-Nassau) bemerkbar; in Baden hat der Uebertritt des Pfarrers Eckert, der dort eine starke persönliche Anhängerschaft hatte, eine gewisse Verstärkung für die KPD. bedeutet. Der Zuzug von den Splittern konnte aber den Rückschlag bei der Arbeiterschaft nicht ausgleichen. Auch in Berlin haben die „SAPeure" ein paar tausend Stimmen Thälmann zugeführt; Thälmann erhielt trotzdem in Berlin nur 23,6 Proz. aller Stimmen gegen 27,2 Proz. im September 1930. Auch auf dem Lande waren die Kommunisten nicht überall erfolgreich. Bei den Landtagswahlen in Mecklenburg-Strelitz am gleichen 13. März haben sie nur 5450 Stimmen erhalten gegen 7220 bei den letzten Reichstagswahlen!

Daß viele kommunistische Wähler die Parole, Thälmann zu wählen, nicht befolgt haben, bedeutet an sich noch nicht, daß sie alle sich endgültig von den Kommunisten losgelöst haben. Auch in diesem Falle dürfen wir uns nicht auf die „Entwicklung" allein verlassen. Die tatsächliche Entwicklung wird in starkem Maße von uns abhängen. Wir müssen unsere Aufklärungsarbeit verdoppeln und verdreifachen, um die kommunistischen Anhänger endgültig zur proletarischen Vernunft zu bringen. Die Wahlergebnisse lehren uns, daß diese Aufklärungsarbeit jetzt gute Erfolgsaussichten hat.

Der gewaltige Aufstieg der Nationalsozialisten vollzog sich hauptsächlich auf Kosten der bürgerlichen Rechten und Mittelparteien. Nachdem wir oben festgestellt haben, daß auch die bei den Mittelparteien noch verbliebenen Wähler zum beträchtlichen Teil nicht Hindenburg, sondern Duesterberg oder Hitler gewählt haben, wird es völlig offensichtlich, daß die kolossale Zahl von 18 660 000 Stimmen für Hindenburg nur deshalb zustande kommen konnte, weil erstens die katholischen Parteien, die am 14. September zusammen 5 186 000 Stimmen hatten und jetzt sicherlich mehr als 5½ Millionen auf die Beine brachten, und auf der anderen Seite die Sozialdemokratie eine geradezu erstaunliche Mobilmachung ihrer Anhängermassen vollbrachte.

Die Zahl der Wähler der bürgerlichen Mitte und derjenigen der Rechten, die aus persönlicher Ehrfurcht für Hindenburg stimmten, würde mit 4½ Millionen eher zu hoch als zu niedrig gegriffen werden.

Wir glauben deshalb, daß die Sozialdemokratie am 13. März viele frühere Wähler, die am 14. September nicht für sie gestimmt hatten, und viele neue Anhänger aus der Jugend, insgesamt sicher mehr als 8½ und wahrscheinlich nicht weniger als 9 Millionen zu den Wahlurnen gebracht hat. Auf diese Leistung kann die Partei, der die deutsche Arbeiterschaft ihre politische Kultur verdankt, mit Recht stolz sein!

Nazi-Waffenlager aufgehoben.

Die Bürgerkriegsarmee in voller Ausrüstung.

Hannover, 15. März. (Eigenbericht.)

Die Pressestelle des Oberpräsidiums Hannover teilt mit:

Im Kreise Einbeck ist ein nationalsozialistischer Waffentransport auf dem Wege zum Ortsgruppenführer der NSDAP. in Immensen polizeilich beschlagnahmt worden. Zu den Waffen gehörten 5 Gewehre Modell 98, 80 Stahlhelme, 18 neue Tornister mit Lebensmitteln für 2 Tage, 200 Infanteriepatronen, 1000 Kubikzentimeter Sprengstoffmunition mit 2 Zündschnüren. Die Tornister waren mit Namen ausgezeichnet auf Nationalsozialisten in Ortschaften des Kreises Einbeck. Beamte der hannoverschen Landeskriminalpolizei haben inzwischen weitere mehrere tausend Schuß Infanteriemunition im Besitz Einbecker Nationalsozialisten festgestellt und beschlagnahmt. Es sind noch weitere Stahlhelme gefunden worden.

Von den 34 Mann, die dem Einbecker SA.-Trupp angehören, waren, wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben haben, 28 mit Stahlhelmen ausgerüstet. Durch die polizeilichen Ermittlungen ist ferner festgestellt worden, daß der gesamte SA.-Trupp Anweisung erhalten hatte, sich am Sonntag nach der Beteiligung an der Wahl außerhalb Einbecks in Immensen zu sammeln.

Die vernommenen SA.-Leute haben zugegeben, daß sie gegebenenfalls entschlossen gewesen seien, von den Waffen, die sich in ihrem Besitz befanden, Gebrauch zu machen.

Der Mord in Hückeswagen.

Nationalsozialisten als Täter verhaftet.

Opladen, 15. März.

Zu dem schweren Zwischenfall, bei dem am Morgen des Wahlsonntags in Hückeswagen drei Kommunisten erschossen wurden, verbreitet das Landratsamt in Opladen einen amtlichen Bericht, in dem es u. a. heißt, daß die Auseinandersetzungen zwischen den Kommunisten und Nationalsozialisten begonnen hätten, als ein Trupp Lenneper Nationalsozialisten in Hückeswagen eingezogen sei, um Wahlarbeit zu leisten. Unter Führung eines Zahnarztes aus Lennep sei es zum ersten Zusammenstoß gekommen, wobei nach dem Bericht von Augenzeugen nach einer belanglosen Rauferei von nationalsozialistischer Seite der Befehl zum Schießen erteilt worden sei.

Gleich darauf habe ein anscheinend noch nicht wahlberechtigter Nationalsozialist geschossen und den der KPD. angehörenden Arbeitslosen Blumberg getötet. Der Täter sei in die Wohnung des Dachdeckermeisters Marx geflüchtet, der ebenfalls der NSDAP. angehöre. Inzwischen hätten mehrere Kommunisten sich vor der Wohnung des Dachdeckermeisters versammelt und gefordert, daß der in das Haus des Marx geflüchtete Nationalsozialist sich freiwillig der Polizei stelle. Marx hätte sich durch die Anwesenheit der Kommunisten vor seinem Hause bedroht gefühlt und geschossen, wodurch zwei Kommunisten getötet worden seien. Der Täter sei sofort verhaftet worden.

Der Landrat habe vorbeugend bis auf weiteres alle nationalsozialistischen Veranstaltungen in Hückeswagen und Umgegend verboten. Im Laufe des Montag sei in Lennep ein weiterer Nationalsozialist wegen Beteiligung an der Bluttat verhaftet worden.

Die Staatsanwaltschaft hat gegen die drei Nationalsozialisten, die am Wahltage drei Kommunisten erschossen haben oder an der Tat beteiligt waren, die Voruntersuchung wegen Totschlags und Landfriedensbruchs eröffnet. Der in Haft befindliche Nationalsozialist Marx und der Urheber der Bluttat, der der Polizei bekannt, aber noch flüchtig ist, werden des Totschlags mit Vorsatz aber ohne Ueberlegung beschuldigt, gegen vier weitere Verhaftete lautet die Anklage auf Landfriedensbruch.

Röhm macht Schule.

Die „Röhmlinge" als Jugendverführer.

In Laasphe (Westf.) wurde der fürstliche Gärtner a. D. Erich Knebel wegen Vergehens gegen Paragraph 175 verhaftet.

Knebel war der Führer der NSDAP. in Laasphe sowie Turnwart im „Laasspher Turnverein" und als solcher Führer der männlichen und weiblichen Jugendgruppen. Außerdem führte er die Pfadfinder- und Wandervogel-Jugendgruppe. In dieser Eigenschaft hat sich Knebel seit dem Jahre 1929 fortgesetzt schwere sittliche Verfehlungen an minderjährigen Knaben zuschulden kommen lassen. In seiner Wohnung, einem Nebengebäude des fürstlichen Schlosses in Laasphe, trieb er mit den Kindern unzüchtige Handlungen. Außerdem hat Knebel mehrere Knaben in sadistischer Weise geschlagen.

Als „Führer" der Laasspher Ortsgruppe der NSDAP. hat Knebel einen schmählichen Lügen- und Verleumdungsfeldzug gegen die Sozialdemokratie und ihre Führer entfacht. Unter der Laasspher Bevölkerung herrscht große Empörung gegen den Verführer und Verleumder. Die Väter der geschändeten Knaben wollten ihn lynchen. Inzwischen hat Knebel die ihm zur Last gelegten Verfehlungen restlos zugegeben.

*

Das System Röhm macht in der NSDAP. sichtlich Schule. Trotzdem hat Hitler bisher keinerlei Anstalten gemacht, die Jugend in der SA. wenigstens für die Zukunft vor dem röhmischen System zu bewahren. Er selbst wird am besten wissen warum.

Großwahltag am 24. April.

Neben Preußen auch in Württemberg, Bayern und Anhalt.

Stuttgart, 15. März. (Eigenbericht.)

Der Aeltestenausschuß des Württembergischen Landtags beschloß am Dienstag im Einvernehmen mit der Regierung, daß die Neuwahlen zum Landtag am 24. April stattfinden und der neugewählte Landtag am 10. Mai zu seiner ersten Sitzung zusammentreten soll. Das Mandat des alten Landtags läuft demnach am 9. Mai ab. Bis dahin ist er für etwa notwendige Beschlüsse der Volksvertretung zuständig.

München, 15. März. (Eigenbericht.)

Der Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtags ist zwecks Festsetzung des Termins für Neuwahlen zum Mittwoch einberufen. Bayern wird mit Preußen am 24. April neu wählen.

Dessau, 15. März.

Von zuständiger Seite wird als außerordentlich wahrscheinlich bezeichnet, daß auch die anhaltischen Landtagswahlen am 24. April, also mit den Preußenwahlen zusammen, durchgeführt werden.

Auflösung der Hamburger Bürgerschaft?

Neuwahlen evtl. mit Preußen

Hamburg, 15. März. (Eigenbericht.)

Die nationalsozialistische Fraktion hat in der Hamburger Bürgerschaft einen Antrag auf Auflösung der Bürgerschaft eingebracht. Ueber den Antrag wird frühestens am 23. März eine Entscheidung herbeigeführt werden können. Ob die Hamburger Bürgerschaft dem Antrage zustimmt, läßt sich, zumal nach dem kommunistischen Mißerfolg am 13. März, noch nicht übersehen. Für den Fall der Annahme des Antrages ist damit zu rechnen, daß Hamburg, das erst am 27. September 1931 gewählt hat, gemeinsam mit Preußen Neuwahlen durchführen wird.

Karlsruhe, 15. März. (Eigenbericht.)

Im Badischen Landtag kündigten die Kommunisten am Dienstag die Einleitung eines Volksbegehrens auf die Auflösung des Landtags an, da die gegenwärtige Zusammensetzung des Landtags nicht mehr der Stimmung des Volkes entspreche. Merkwürdigerweise rückten die Nationalsozialisten von dieser Ankündigung ab und erklärten, sie hielten ein Volksbegehren auf Auflösung des Landtags für aussichtslos.

Vorbereitung zu den Preußenwahlen.

Ein Runderlaß des preußischen Innenministers.

In einem Runderlaß des preußischen Innenministers wird einleitend auf den Beschluß des Ständigen Ausschusses des Landtages Bezug genommen, durch den als Tag für die Neuwahl des preußischen Landtages der 24. April festgesetzt wird.

In dem Runderlaß heißt es dann u. a. weiter:

Die Wahlzeit dauert von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags. Es sei nicht beabsichtigt, eine Verkürzung der Wahlzeit, wie sie für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl zugelassen war, auch bei der Landtagswahl vorzunehmen.

Die Wählerlisten sind in der Zeit vom 30. März bis 3. April zur allgemeinen Einsicht öffentlich auszulegen. Bei der Kürze der bis zum Beginn der Auslegungsfrist zur Verfügung stehenden Zeit sind dieselben Wählerverzeichnisse zu benutzen, die der Reichspräsidentenwahl am 13. d. M. zugrunde lagen.

Da ein zweiter Wahlgang für die Reichspräsidentenwahl erforderlich ist und hierfür der 10. April bestimmt ist, und da für diese Wahl die gleiche Frist für die Auslegung der Wählerverzeichnisse verfügt worden ist, sind, damit für beide Wahlen nur ein Verzeichnis ausgelegt zu werden braucht, in einem Nachtrag diejenigen Personen als „am 10. April 1932 noch nicht wahlberechtigt" zu kennzeichnen, die erst am 11. April bis zum Wahltage wahlberechtigt werden.

Mit Rücksicht darauf, daß die Frist für die Auslegung der Wählerverzeichnisse in die Hauptumzugszeit fällt, sind Wahlberechtigte, die bis zum Schluß der Auslegungszeit ihren Wohnsitz wechseln, im Wählerverzeichnis der Abzugsgemeinde zu streichen und in dem der Zuzugsgemeinde aufzunehmen. Wahlberechtigte, die erst nach Ablauf der Auslegungsfrist ihren Wohnort verlegen, können nur auf Grund eines Wahlscheins wählen.

Dem Stimmzettel wird das Muster zugrunde gelegt, das bereits bei der Landtagswahl 1928 Verwendung gefunden hat.

Um die Schwierigkeiten zu vermeiden, die sich im Falle eines zweiten Wahlganges der Reichspräsidentenwahl daraus ergeben können, daß die Seeleute hierbei bis zum 15. April ihre Stimmen abgeben können, während ihre Stimmen für die Landtagswahl schon ab 14. April entgegengenommen werden müßten, wird verordnet, daß Seeleute ihr Wahlrecht erst vom Tage vor dem Wahltag jedoch bis zum siebenten Tage nach diesem ausüben können.

Ein Attentätchen gefällig?

Schuß auf einen D-Zug.

Die Telegraphenbüros verbreiten folgende Meldung:

Der D-Zug 7 Uhr 45 ab München, mit dem Hitler, Dr. Goebbels und Dr. Frick nach Weimar fuhren, wurde nach Mitteilung der Reichsbahndirektion kurz vor Jena von bisher nicht ermittelten Tätern beschossen. Ein Wagen dritter Klasse wurde getroffen. Personen wurden nicht verletzt. Der Wagen wurde zur Untersuchung zum Reichsbahnausbesserungswerk Naumburg a. d. S. gebracht.

Nach einer späteren Meldung weiß man nicht, ob es sich um einen Steinwurf, ein Katapult oder einen Schuß handelt. Man weiß nur, daß eine Fensterscheibe kaputt ist.

*

Es ist möglich, daß der Vorfall trotz seines harmlosen Ausganges als „Attentat auf Hitler" ausgegeben wird. Jeder Diktator braucht bekanntlich sein Attentat, damit er populär werde. Es könnte also auch jemand auf den Gedanken kommen, daß der Gendarmeriekommissar und Regierungsrat, der verhinderte Diktator, wenigstens den Nimbus eines mißglückten „Attentats" brauchte. Aber die Schießerei ist gerade bei den SA.-Leuten große Mode.

Viel näher liegt allerdings der Gedanke, daß überhaupt kein Schuß erfolgt ist. Man hat — auch ohne so erlauchte Fahrgäste — schon öfter von angeblichen Schüssen auf fahrende Züge gehört. Später hat sich das aber gewöhnlich auf das Harmloseste aufgeklärt. Es wird wahrscheinlich auch bei Kahla oder Jena nichts anderes sein.

Hugenberg abgeblitzt.

Staatsgerichtshof weist seine Klage gegen Preußen zurück.

Leipzig, 15. März.

Der Antrag der deutschnationalen Fraktion im Preußischen Landtag, die Verordnung des preußischen Staatsministeriums zur Aenderung des Landeswahlgesetzes vom 12. Dezember 1931 für verfassungswidrig zu erklären, wurde vom Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich zurückgewiesen. Soweit noch weitere Anträge gestellt sind, wird die Verhandlung bis zur nächsten Sitzung des Staatsgerichtshofs ausgesetzt.

Die Entscheidung des Staatsgerichtshofs wurde durch Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke im wesentlichen wie folgt begründet: Das Recht der deutschnationalen Fraktion zur Klage ist klar. Es handelt sich auch um eine Verfassungsstreitigkeit innerhalb eines Landes. Nun erhob sich die Frage, ob durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 24. August Artikel 17 der Reichsverfassung verletzt sei, der die freistaatliche Verfassung der Länder garantiert. Diese Frage hat der Staatsgerichtshof verneint. Den Länderregierungen wurde durch die Verordnung des Reichspräsidenten die gleiche Ermächtigung erteilt, wie sie dem Reichspräsidenten aus dem Artikel 48 der Reichsverfassung zusteht. Im einzelnen: Hier soll der Wahlquotient verändert werden, und das ist zulässig. Der Staatsgerichtshof erklärt, daß die Verordnung des Reichspräsidenten auch diese Maßnahme der preußischen Staatsregierung deckt. Der Erfolg besteht in einer erheblichen Ersparnis. Die Ersparnis zu erzielen, liegt aber im Wesen der Ermächtigung, die der Reichspräsident den Landesregierungen durch die Verordnung vom 24. August gegeben hat. Ersparnisse sollen dadurch erzielt werden, soweit das möglich ist. Nun erhebt sich die Frage, ob neben der erzielten Ersparnis auch politische Wirkungen eintreten, die außer allem Verhältnis zu dieser Ersparnis stehen. Dies ist aber von keiner der beteiligten Parteien überhaupt vorgebracht worden. Auch hat der Staatsgerichtshof aus eigener Kenntnis keine Tatsachen nach dieser Richtung in Erfahrung bringen können. Deshalb kann auch der Staatsgerichtshof nicht zu der Ansicht überzeugt werden, daß hier etwa unter dem Deckmantel der finanziellen Ersparnis Mißbrauch getrieben worden sei mit der den Ländern erteilten Ermächtigung.

Die Zukunft der Staatstheater.

Tietjens Appell an die Oeffentlichkeit.

Generalintendant Tietjen hatte zu Dienstagabend die Vertreter der Berliner Theaterpresse, Schauspiel- und Opernkritiker, zu einer Besprechung ins Kultusministerium eingeladen. Man weiß, daß der Generalintendant der preußischen Theater gleichzeitig das Amt des Ministerialreferenten für die preußischen Staatstheater bekleidet. Wegen dieser Doppelstellung wurde Tietjen gerade in letzter Zeit angegriffen. Denn es schien weder sachlich noch persönlich gerechtfertigt, daß der nämliche Mann die preußischen Staatstheater, also die Berliner Staatsoper, das Staatstheater, das vorläufig noch öffentlich-rechtliche Schillertheater, die Wiesbadener und Kasseler Staatstheater als höchster Leiter verwalte und gleichzeitig nur sich selber verantwortlich für diese Tätigkeit sein solle. So bedeutete die Einladung Tietjens an die Presse eine Flucht in die Oeffentlichkeit.

Tietjen, der sonst das Hervortreten in den Zeitungen nicht liebt, wollte weitesten Kreisen die Gründe darlegen, die ihm zu seiner letzten Betätigung veranlaßten. Denn er war ja nach außen hin der Verantwortliche für die Schließung der Krolloper, für die Verwandlung des Schillertheaters in einen privatwirtschaftlichen Theaterbetrieb und für die Lostrennung der beiden anderen preußischen Staatsbühnen von der Landesverwaltung. Zunächst teilte Tietjen mit, daß er gestern früh dem preußischen Minister für Unterricht und Kunst, Dr. Grimme, ein Gesuch eingereicht habe, um von den Pflichten des Ministerialreferenten befreit zu werden.

Der Minister bewilligte das Gesuch unter der Bedingung, daß Tietjen sich noch für die bevorstehende Neuordnung der Dinge zur Verfügung halte. Diese Neuordnung geht besonders das Staatstheater an, also das Schauspielhaus, das seit der Entlassung des Intendanten Legal herrenlos geworden ist. Im Gegensatz zu sonst veröffentlichten Behauptungen betonte Tietjen, daß er nicht daran denke, in sein Amt des Generalintendanten auch das Intendantenamt für das Schauspielhaus hineinzuziehen. Er besteht im Gegenteil darauf, daß ausreichender Ersatz für Legal gefunden wird. Tietjen selber will, sobald wie möglich, wieder die Leitung der Staatsoper übernehmen, deren Führung er, gezwungen durch seine Referentenpflichten, bisher den Generalmusikdirektoren und und dem Regiekollegium des Hauses Unter den Linden überließ.

Donaupläne gescheitert?

Genf, 15. März. (Eigenbericht.)

Der französische Ministerpräsident Tardieu hatte im Laufe des Dienstag eine Reihe von Unterhaltungen über die Pläne des Donau-Zusammenschlusses. Trotz des geheimen Charakters dieser Zusammenkünfte wird bekannt, daß das Projekt sich als undurchführbar herausgestellt hat. Die Gegenwirkung Italiens, das eine Abtrennung von Ungarn befürchtet, scheint mit Deutschlands und Polens Vorstellungen den Ausschlag für das Scheitern zu geben. Man rechnet damit, daß Tardieu bereits am Donnerstag wieder nach Paris zurückkehrt.

Riesenexplosion bei Kanton.

Vier Munitionsdepots in die Luft geflogen.

Kanton, 15. März.

Vier Munitionsdepots in der Nähe von Kanton sind in die Luft geflogen. Die Stadt wurde durch die Explosion wie von einem Erdbeben erschüttert. Man glaubt, daß Kommunisten (?) die Pulverlager in die Luft gesprengt haben.

Russisch-japanischer Flugzwischenfall

Charbin, 15. März.

Ein japanisches Flugzeug soll beim Ueberfliegen von Sowjetgebiet, östlich von Pogranitschnaja, von acht Sowjetflugzeugen zum Landen gezwungen worden sein.

Frau Gandhi, die vor 14 Tagen nach langer Haft auf freien Fuß gesetzt wurde, ist am Dienstag wieder verhaftet worden. Sie wurde sofort zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verhaftung erfolgte in Bardoli, wo Frau Gandhi bereits früher gegen die Zahlung der Steuern Propaganda gemacht hatte.

Hausierer Hugenberg.

„Prima Wählerstimmen, Herr Reichspräsident, kleiner Restposten, spottbillig abzugeben, – wie wär e Geschäftchen?"

„Danke nein. Grade diesen Artikel habe ich selber sehr reichlich am Lager."

Der Haushalt Preußens.

Große Etatrede des Finanzministers Klepper.

Der Preußische Landtag trat am Dienstag zu seiner zweiten Märztagung zusammen, die, wenn nicht noch in April eine kurze Tagung stattfindet, die letzte dieser Wahlperiode ist.

Präsident Wittmaack eröffnet die Sitzung mit ehrenden Worten des Gedenkens für den verstorbenen Zentrumsabgeordneten Henkel, der seit Februar 1927 im Landtag den Wahlkreis Oppeln vertrat.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des

preußischen Staatshaushaltes für 1932.

Die mit der Beratung verbundenen über hundert Anträge sämtlicher Parteien werden einem Vorschlage des Aeltestenrates entsprechend abgesetzt.

Der Präsident erteilt dem Finanzminister das Wort.

Finanzminister Klepper

bringt den Haushalt mit längeren Ausführungen ein. Er weist darauf hin, daß die preußischen Haushalte bis zum Jahre 1930 ausgeglichen waren. Das Jahr 1930 brachte einen Fehlbetrag von rund 204 Millionen; das Jahr 1931 dürfte mit einem solchen von insgesamt 245 Millionen Mark abschließen. Der Haushaltsplan für 1932 sei somit mit rund 449 Millionen Mark vorbelastet. Nach den Schätzungen des Reichsfinanzministers werde der reine Staatsanteil an den Ueberweisungssteuern um rund 258 Millionen Mark geringer sein als im Vorjahr. Bei den Erträgnissen der Betriebsverwaltungen sei ein Rückgang um 31,9 Millionen Mark zu erwarten. Das Aufkommen der Hauszinssteuer, das 1930 noch 947,4 Millionen Mark betrug, sei für 1932 auf 700 Millionen Mark veranschlagt worden. Nach Abzug von 160 Millionen als Mietbeihilfe für die Fürsorgeverbände bleiben 540 Millionen Mark übrig, von denen 25 Millionen für die Bautätigkeit und weitere 25 Millionen für den Staatsfinanzausgleich vorgesehen seien. Der Rest von 490 Millionen entfalle mit 231 Millionen auf die Gemeinden und mit 259 Millionen auf den Staat. Die Grundvermögensteuer werde einen Mindererertrag von 35 Millionen, die Stempelsteuer einen solchen von 8 Millionen aufweisen.

Die gesamte Einnahmeverschlechterung betrage 376,4 Millionen Mark.

Man habe davon absehen müssen, die Fehlbeträge der Vorjahre in den Haushaltsplan für 1932 aufzunehmen. Der Haushaltsausgleich sei im wesentlichen auf der Ausgabenseite durchgeführt. Die Ersparnisse, die durch die Notverordnungen und andere Kürzungen erzielt wurden, betrugen bei den persönlichen Ausgaben 207,2 und bei den sächlichen Ausgaben 74,7, insgesamt also 281,9 Millionen Mark. Da diese Ersparnisse noch nicht reichten, wurden an fast allen Sonderhaushalten weitere einschneidende Abstriche vorgenommen, wobei noch etwa 92 Millionen eingespart werden konnten. Die Gesamtsumme der Einsparungen belaufe sich auf 389 Millionen Mark. Die Abschlußzahlen des Haushalts läen mit 3,1 Milliarden Mark etwa drei Viertel Milliarden unter denen des Vorjahres.

Der Minister erörterte die Frage, ob der

Haushaltsausgleich ein echter

sei. Diese Frage sei zu bejahen. Die Ueberweisung der preußischen Siedlungsbeteiligungen an das Reich für den Preis von 100 Millionen Mark ist nach Ansicht des Ministers für beide Teile vertretbar. Man dürfe wohl sagen, daß Preußen in der Förderung der ländlichen Siedlungstätigkeit, deren Bedeutung er durchaus anerkenne, in finanzieller Hinsicht zu weit gegangen sei. Die Staatsbank sei mit annähernd 70 Millionen Mark für Siedlungsvorschüsse in Anspruch genommen, deren Abdeckung zurzeit unmöglich wäre. Es sei deshalb richtig, die Finanzierung der ländlichen Siedlung beim Reich zusammenzufassen. Die Einrichtung einer besonderen Reichssiedlungsverwaltung wäre allerdings unzweckmäßig. Die Verhandlungen mit der Reichsregierung seien im Sinne der Beibehaltung des bestehenden verwaltungsmäßigen Zustandes geführt worden. Die erwünschte Förderung des städtischen Wohnungsbaues könne nur in bescheidenem Umfange fortgesetzt werden.

Zu verneinen sei die Frage, ob die Haushaltsgestaltung an sich eine befriedigende finanzwirtschaftliche Entwicklung aufzeige. Der Ernst der Situation werde am deutlichsten, wenn man die Staatsfinanzen im Zusammenhang mit den Finanzen der Gemeinden betrachte. Den Gemeinden sei

das letzte Risiko des Arbeitsmarktes aufgebürdet,

ohne daß sie dem die Einnahmen anpassen könnten. Es dürften nur wenige Gemeinden in der Lage sein, ihren Haushalt auszugleichen, wenn nicht eine baldige Aenderung eintrete. Es bestehe die Gefahr, daß von den Gemeinden eine allgemeine Erschütterung ausgehe. Die im Staatshaushalt enthaltenen Einschränkungen erreichten die Grenze der gegenwärtigen preußischen Einsparungsmöglichkeiten. Noch nicht erfolgt sei aber die Umstellung des Verwaltungsapparates auf die verminderte finanzielle Leistungsfähigkeit.

Hinsichtlich der Verwaltungsreform wünscht der Minister, daß dem Uebergreifen der Reichsverwaltung entgegengewirkt werde, wenn dadurch unnötige Doppelarbeit und doppelte Zuständigkeiten entständen. Unabhängig von der Reichsreform sei die preußische Verwaltungsreform eine unter dem Druck der finanziellen Entwicklung unaufschiebbare Aufgabe. Eine Finanzreform sei gleichzeitig erforderlich. Die Zusammenfassung der Steuerhoheit und der Verfügung über das Steueraufkommen bei der Reichsregierung bedürfe der Auflockerung. Entweder das Reich übernehme, wie sein Amtsvorgänger wiederholt angeregt habe, gegenüber Ländern und Gemeinden feste Verpflichtungen für Steuerüberweisungen, oder es erfolge eine Neuordnung der Steuerhoheit, die Selbstverwaltung und Selbstverantwortung wieder näher aneinanderführe.

Eine grundsätzliche Grenzziehung zwischen der öffentlichen Finanzpolitik und der allgemeinen Wirtschaftspolitik sei notwendig.

Die Auffassung, als könne man finanzpolitisch den Wechsel von Konjunktur und Krise beeinflussen, verkenne die wirtschaftsgeschichtliche Erfahrung. Es sei noch nie eine Wirtschaftskrise durch straffe Steuerpolitik verursacht und noch nie eine Konjunktur durch straffe Steuerpolitik verhindert worden. Dagegen zeige die Wirtschaftsgeschichte viele Beispiele dafür, daß eine in kritischer Zeit nachgiebig geführte Finanzpolitik zur Zerrüttung der Währung und damit der Wirtschaft geführt habe. Ganz besonders zeigten sich Gefahren dieser Art, wenn die Finanzpolitik sich dazu verleiten lasse, durch Subventionen den Versuch zu machen, die Wirtschaft „anzukurbeln". Die deutsche Finanzpolitik werde diesen Gefahren bewußt auszuweichen müssen. So sehr es notwendig sei, die Staatsausgaben zu senken, so notwendig sei es auch, durch Erhöhung der Einnahmen die Mittel zu beschaffen, die erforderlich sind für die Aufrechterhaltung des Staatsbetriebes. Nur dann könne man

auch in den Gemeinden den erforderlichen Gesundungsprozeß durchführen.

Ueber die angekündigte Umschuldungsaktion hinaus müsse den Gemeinden das Risiko der Erwerbslosenfürsorge abgenommen werden. Diese Lasten seien der Gesamtheit derer aufzuerlegen, die nicht von der Erwerbslosigkeit betroffen sind. Notwendig sei auch, einzelnen besonders gefährdeten Gemeinden Sanierungsbeihilfen zuzuführen.

Die letzte Entscheidung über Erfolg und Mißerfolg der Finanzpolitik werde von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung bestimmt. Er glaube nicht an den Erfolg einer Wirtschaftsautarkie; in Deutschland werde keine isolierte Konjunktur eintreten. Der konjunkturelle Aufschwung komme, wenn man in internationalen Uebereinkommen beachte, daß der Sinn moderner wirtschaftlicher Entwicklung in einer Erleichterung des zwischenstaatlichen Güteraustauschs bestehe, nicht aber in seiner Hemmung. Die Staatsfinanzpolitik habe durch den Ausgleich des Haushalts eine Gefährdung von Währung und Wirtschaft zu vermeiden, die es unmöglich machen würde, die Frist bis zur Wirtschaftswende zu überstehen. Diese Ueberzeugung gebe auch einer bewußt sozialfortschrittlich gesinnten Regierung wie der preußischen Staatsregierung die innere Berechtigung zu der Härte ihrer gegenwärtigen Finanzpolitik.

Als der Finanzminister seine Rede beendet hat, rufen die Kommunisten: „Das war Eure Leichenrede!"

Um 15 Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch, 12 Uhr: Allgemeine politische Aussprache zur ersten Haushaltsberatung.

„Nach der Schlacht", so lautet das Thema des Aussprache-Abends der Ortsgruppe Berlin des Deutschen Republikanischen Reichsbundes am Mittwoch, dem 16. März, abends 8 Uhr, im Saal des Demokratischen Klubhauses, Berlin W 10, Viktoriastr. 24 (nahe der Potsdamer Brücke). Gäste willkommen! Eintritt frei! Eintrittskarten durch die Geschäftsstelle: Berlin NW 40, Kronprinzenufer 12, Telephon: A 2 Flora 5690.

Schlagt Hitler aufs Haupt!

Mit voller Kraft weiter arbeiten.

Wir können es uns versagen, im einzelnen den Nachweis zu führen, daß die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten bis auf den letzten Mann und bis auf die letzte Frau der Parole der Eisernen Front gefolgt sind: „Schlagt Hitler, wählt Hindenburg". Die Zahlen sprechen für sich selbst, und die Begleitmusik der Bolschewisten beweist, daß diese Sprache selbst auf die Zentrale der KPD. nicht ohne Eindruck geblieben ist. Allerdings sind die angeblichen Führer der KPD. von vornherein entschlossen, nichts zu lernen und alles zu vergessen, was nicht von Moskau kommt.

Sie tun andererseits so, als wären sie bereit, sich der Kritik und den Vorschlägen ihrer Mitglieder nicht ganz zu verschließen: „Die Kritik der Massen muß einsetzen. Ein Hagel von neuen praktischen Vorschlägen muß einsetzen."

Die „Führer" von Moskaus Gnaden haben für solche Vorschläge und Kritiken einen großen Papierkorb, wenn nötig die große Schaukel, auf die jeder kommt, der so etwas wie eine eigene, von der offiziellen „Linie" abweichende, Meinung zu bekunden wagt.

Wen die Schuld trifft an dem ekiatanten Mißerfolg der kommunistischen Parole vom „Hauptfeind" und an dem ebenso ekiatanten Erfolg der Parole der Eisernen Front, darüber besteht bei den Thälmann und Heinz Neumann nicht der geringste Zweifel. Es sind dieselben, die bisher immer noch schuld hatten an allen anderen kommunistischen Mißerfolgen und Niederlagen, dieselben, die blind und taub gegen alle Tatsachen und Möglichkeiten treu und brav alle kommunistischen Parolen befolgt haben, sich dem Hohn und Spott ihrer Arbeitskollegen ausgesetzt, um Moskaus willen ihre Existenz aufs Spiel gesetzt haben. Die werden wieder gerüffelt.

Die Zentrale der KPD. entdeckt zum zehntausendsten Male als Ausgleich ihrer eigenen Unfehlbarkeit die Fehler ihrer Truppen. In den Betrieben, auf den Stempelstellen, in den Gewerkschaften sei nicht genügend gearbeitet worden.

Das Gefühl für Gerechtigkeit auch gegenüber dem politischen Gegner erfordert, die kommunistischen Arbeiter gegen diese Beschuldigungen in Schutz zu nehmen. Die Anhänger der KPD. haben in den letzten Wochen verzweifelte Anstrengungen gemacht, gegen ihre eigene bessere Ueberzeugung — sofern sie sich diesen Luxus erlauben — wider den Strom zu schwimmen. Ist es ihre Schuld, wenn die Parole der KPD. keinen Resonanzboden fand? Diese kommunistischen Arbeiter sind die Opfer. Sind sie deshalb die Schuldigen?

Nur ein Beispiel unter tausenden. Wenige Tage vor der Wahl sollte für den Siemenskonzern eine große Thälmannkundgebung stattfinden. Zwei Wochen lang wurde vorher die Reklametrommel gerührt. Das kommunistische Betriebsorgan ließ es an nichts fehlen, um sich zu blamieren. Handzettel wurden zu Zehntausenden verteilt. Vor den Betriebseingängen schrien Sprechchöre den 40 000 Arbeitern und Angestellten in die Ohren, daß Thälmann der wahre Jakob und Heinz Neumann sein Prophet sei. Denn dieser kam höchstselbst nach Siemensstadt. Und was war der Erfolg dieser intensiven Agitation? — Von 40 000 kamen 150, wohl die gesamten Zellenmitglieder, soweit sie nicht Dienst hatten. Warum blieben die anderen fort? Das kann die Zentrale der KPD. nicht begreifen, eben weil sie selbst unfehlbar ist — solange wenigstens, bis sie von Moskau mit Schimpf und Schande davongejagt wird.

Wenn sich aber die Zentrale der KPD. damit begnügt, leere Lehren aus ihrer Niederlage zu ziehen, so bleibt uns die Aufgabe, mit voller Kraft weiter zu arbeiten, die Hammerschaften auszubauen und den Erfolg der Eisernen Front zum Siege der organisierten Arbeiterschaft zu wandeln. Hitler und Thälmann bauen ihre Agitation auf dem Grundsatz auf: „Der Mensch ist dumm." Wir aber müssen entsprechend unserer alten Tradition unermüdlich für Aufklärung sorgen. Hammerschaften voran! Schlagt Hitler aufs Haupt!

Was wird mit Arbeitsamt Süd?

Die Verantwortung der Reichsanstalt.

Wie wir erfahren, will man das Arbeitsamt Süd doch noch nach der Sonnenallee verlegen. In seinem Beschluß, den wir in unserer Morgenausgabe vom 10. März veröffentlicht haben, hat der Geschäftsführende Ausschuß des Arbeitsamtes Südost einstimmig sich gegen die Verlegung des Arbeitsamtes Süd in das Gebäude des Arbeitsamtes Südost ausgesprochen.

In diesem Beschluß hat der Geschäftsführende Ausschuß auf die „außergewöhnliche politische Gefahr" hingewiesen, die diese Zusammenballung von zehntausenden Arbeitslosen in einem einzigen Hause bedeutet. Er hat weiter darauf hingewiesen, daß die Gesundheit der beschäftigten Beamten und Angestellten „bei den unüberwindlichen Schwierigkeiten in kurzer Zeit zermürbt und aufgerieben" würde. Er hat weiter festgestellt, daß „keine sachliche Notwendigkeit" für diese Zusammenlegung besteht. Weiter heißt es in dem Beschluß:

„Das neue Amtsgebäude war nach der damaligen, wesentlich geringeren Arbeitslosigkeit (etwa 25 000) nur für den Bezirk Südost berechnet. Die Verlegung des Arbeitsamtes Süd ... müßte bei dem gegenwärtigen Stande auf jeden Fall für unabsehbare Zeit verlagt werden. Der Geschäftsführende Ausschuß lehnt die Verantwortung entschieden ab."

Trotz dieses Einspruches der zuständigen Verwaltungskörperschaft, den sowohl die Vertreter der öffentlichen Körperschaften wie die der Unternehmer- und Arbeiterschaft einstimmig beschlossen, trotz der traurigen Erfahrungen, die man gemacht hat, besteht die Reichsanstalt auf der Zusammenlegung.

Wir haben in Uebereinstimmung mit dem Geschäftsführenden Ausschuß des Arbeitsamtes Südost schon einmal auf die Gefahren hingewiesen, die für die öffentliche Ordnung und Sicherheit aus einer derartigen Zusammenballung von Zehntausenden von Arbeitslosen sich ergeben müssen. Wir haben darauf hingewiesen, daß man den Arbeitslosen nicht ohne Not derartig weite Wege zumuten darf. Wir warnen nochmals nachdrücklich davor, das Experiment jetzt trotzdem zu versuchen.

Wir haben vergebens darauf gewartet, daß die Reichsanstalt der Oeffentlichkeit, den Arbeitslosen und den Arbeitsamtsangestellten die sachlichen Gründe mitteilen wird, die sie zu dieser Maßnahme veranlassen. Wir wissen sehr wohl, daß die Reichsanstalt unter dem Druck schwerer finanzieller Sorgen steht, unter dem Druck, mit den beschränkten Mitteln die Arbeitslosen über Wasser zu halten. Wir wissen auch, daß dieser Druck verstärkt wird durch das Gutachten des Reichssparkommissars. Wir wissen auch und haben darauf hingewiesen, daß in letzter Linie die reaktionären Unternehmerverbände für die Hetze gegen die Arbeitslosen und gegen die Arbeitsämter verantwortlich sind. Aber man befreit sich nicht von der eigenen Verantwortung, indem man den Druck von oben nach unten weitergibt. Verantwortlich für die Zustände in den Arbeitsämtern ist und bleibt die Reichsanstalt.

Beamte und Republik.

Die Haltung des DBB.

Von einem Mitglied der Sozialen Arbeitsgemeinschaft im Deutschen Beamtenbund wird uns geschrieben:

Der Deutsche Beamtenbund bekennt sich in seinem Programm zu einem republikanischen Verfassungsstaat. Bei jeder Gelegenheit hat er in den letzten Jahren die besondere Verbundenheit der Beamten mit dem demokratischen Volksstaat betont. Bei der Reichspräsidentenwahl, die ein Entscheidungsringen um Demokratie und Republik im wahrsten Sinne des Wortes war, wo es darum ging, den Worten Taten folgen zu lassen, hat der Deutsche Beamtenbund kläglich versagt. Der geschäftsführende Vorstand des Deutschen Beamtenbundes lehnte es sogar ab, einen Aufruf für die überparteiliche Kandidatur Hindenburgs an seine Mitglieder herauszugeben!

Heute muß offen ausgesprochen werden, daß die Mehrheit des republikanisch gesinnten Volkes kein Verständnis für eine solche Haltung einer Beamtenorganisation hat, nachdem alle Gewerkschaften ohne Unterschied ganz klar Farbe bekannt haben. Wenn die Beamtenschaft nicht den Mut hat, in der Stunde der Gefahr für den Staat sich in unzweideutiger Weise zu entscheiden, dann braucht sie sich wirklich nicht zu wundern, wenn das Interesse für ihre berechtigten rechtlichen und materiellen Sorgen mehr und mehr dahinschwindet.

Erfreulicherweise hat die Soziale Arbeitsgemeinschaft, die rund 400 000 Mitglieder umfaßt, für die Wahl Hindenburgs aufgerufen und ein klares Bekenntnis für Republik und Demokratie abgelegt. Der Reichsverband Deutscher Post- und Telegraphenbeamten und der Verband Preußischer Polizeibeamten haben außerdem noch von sich aus in besonderen Aufrufen für Hindenburg geworben.

Die Erregung über die Haltung des DBB. ist ungeheuer groß. Der Preußische Polizeibeamtenverband hat durch einstimmigen Beschluß seines Vorstandes die Mitgliedschaft im Deutschen Beamtenbund bereits gekündigt. Es ist klar, daß sich die Republikaner im Deutschen Beamtenbund mit dem Versagen ihrer Spitzenorganisation nicht abfinden werden.

„Soziale" Buchdruckereibesitzer.

Abbau ist die Parole.

Die Anträge des Deutschen Buchdruckervereins zu den Manteltarifverhandlungen sind ein richtiger Distelstrauß. Sie haben in der Arbeiterschaft Erbitterung und Empörung hervorgerufen. Ueberall wimmelt es von Verschlechterungen, so daß es manchmal schwer fällt, die Forderungen der Unternehmer ernst zu nehmen.

An der Arbeitszeit nicht die geringste Rücksichtnahme auf die ungeheure Arbeitslosigkeit. Bei den Ueberstunden Kürzung der Aufschläge auf 20 Proz. des üblichen Stundenverdienstes und Aufrechterhaltung der bisherigen Leistungspflicht trotz des ungeheuren Arbeitslosenelends. In der Lohnfrage Untergrabung des Wochenlohns durch Vereinbarungsfreiheit von Stundenlöhnen im Einzelarbeitsvertrage. Man will die Lohnabstufungen nach unten erweitern, den Maschinensetzeraufschlag um die Hälfte und den der Korrektoren um ein Drittel kürzen. Die zentrale Festsetzung der Ortszuschläge möchte man kreisweise auflockern und der Entlohnung in anderen Gewerben „anpassen". Die übertariflichen Lohnanteile sollen ohne Kündigung des Gesamtarbeitsvertrages mit nur wöchentlicher Kündigung geändert werden können. Die bezahlten Feiertage sollen nach den Anträgen der Unternehmer von bisher 8 auf höchstens 5 herabgesetzt werden. Für Sonntagsarbeit will man nicht nur einen direkten Zwang festlegen, sondern auch noch die bisherigen tariflichen Entschädigungen empfindlich schmälern. Die Zahl der Urlaubstage will man wesentlich herabsetzen. Dem Lehrling will man das Kostgeld um nahezu 50 Proz. schmälern usw usw.

Für eine derartige „soziale Einstellung" fehlt der Arbeiterschaft das Verständnis. Darüber gibt es keine Verständigung.

Haarspalter und Eigenbrötler.

Die Metallarbeiter haben für sie nichts übrig.

Da die verschiedenen Oppositionsgrüppchen der KPD. keine Möglichkeit haben, vor einem größeren Zuhörerkreis ihre Sprüche aufzusagen, benutzen sie jetzt die Gewerkschaftsversammlungen dazu, soweit diese politischen Wüstenwanderer gewerkschaftlich organisiert sind. Unter den Berliner Metallarbeitern gibt es auch einige solcher politischen Eingänger, zwischen deren „Richtungen" man sich kaum noch auskennt und die dann in der örtlichen Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes ihre Sonderwünsche vortragen.

So war auch die Generalversammlung der Berliner Metallarbeiter am Montag in den Sophiensälen zum größten Teil ausgefüllt mit öden Begründungen „oppositioneller" Anträge zu allen möglichen und unmöglichen Dingen. Die Zeit, die in der Diskussion auf diese zum xten Male gestellten Anträge verschwendet wurde, hätte wirklich besser verwendet werden können. Zwei Stunden debattierte man über vier Anträge, die von diesem und jenem „Oppositionellen" gestellt waren und in der Hauptsache Aenderungen des Ortsstatuts verlangten, die schon wiederholt von früheren Generalversammlungen abgelehnt worden waren. Sämtliche vier Anträge verfielen auch diesmal wieder der Ablehnung.

Dann begründete ein jetzt bei der sagenhaften SAP. gelandeter Brandlerianer einen schwülstigen Antrag, der die „Einheitsfront gegen den Faschismus" propagierte und von der Generalversammlung verlangte, die Eiserne Front abzulehnen. Ausgerechnet!

In der Debatte über diesen Antrag dürfte dem Antragsteller klar geworden sein, daß die Berliner Metallarbeiter über die Zweckmäßigkeit der Bildung der Eisernen Front nicht im unklaren sind, daß sie in der Eisernen Front stehen und durch sie den Faschismus vernichtend schlagen wollen. Die Ablehnung des Antrages gegen ganze sieben Stimmen war der deutlichste Beweis dafür, daß die Berliner Metallarbeiter keine scheinrevolutionären Schwätzereien über den Kampf gegen den Faschismus mehr hören, sondern in der Eisernen Front gegen ihn kämpfen wollen.

Ohne Diskussion stimmte die Generalversammlung dem Vorschlag der Ortsverwaltung zu, den Krisenkongreß des ADGB. mit den fünf Delegierten zu beschicken, die schon an dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß teilgenommen haben.

Der Konflikt bei Scherl.

Neuer Vergleichsvorschlag.

Die auf Empfehlung des Reichsschiedsamts der Buchdrucker bei der Firma Scherl nochmals geführten betrieblichen Einigungsverhandlungen über die Neufestsetzung der übertariflichen Verdienste haben nicht zu einer Einigung geführt. Der stellvertretende Vorsitzende des Reichsschiedsamts der Buchdrucker, Gewerberat Körner, hat den Parteien nach vielstündigen Verhandlungen nunmehr einen neuen Vergleichsvorschlag unterbreitet. Nach diesem Vorschlag soll bei allen Verdiensten, die nicht mehr als 5,— M. über den Tariflöhnen liegen, ein Abzug nicht erfolgen. Bei einer übertariflichen Zulage von 5,— bis 7,50 M. soll ein Abzug von 50 Pf. erfolgen, bei übertariflichen Zulagen von mehr als 7,50 bis zu 10,— M. ein Abzug von 1,—M. und bei Zulagen von mehr als 10,— M. pro Woche eine Kürzung um 12½ Prozent bis höchstens 3,75 M. Dieses Abkommen soll am 23. März in Kraft treten. Der erste Abzug, der jedoch nicht mehr als 2,— M. betragen soll, darf erstmalig am 1. April vorgenommen werden. Nach drei Wochen soll dann der Restbetrag abgezogen werden können.

Zu diesem Vergleichsvorschlag nimmt die Belegschaft der Firma Scherl am Sonntag in einer Betriebsversammlung Stellung. Am Montag soll im Betrieb eine Urabstimmung über die Annahme oder Ablehnung des Vorschlages durchgeführt werden. Die Erklärungsfrist läuft bis zum 23. März.

Das Vorbild.

Die Zahl der Arbeitslosen in Italien, die am 31. Januar 1 051 321 betrug, ist zum 29. Februar nach amtlichen Angaben auf 1 147 945 gestiegen. Davon erhalten 302 000 Personen Unterstützung.

Also 30 vom Hundert der offiziell gezählten Arbeitslosen erhalten eine mehr als bescheidene Unterstützung. 70 vom Hundert erhalten nichts. Da die wirkliche Zahl der Arbeitslosen aber viel größer ist als die der offiziell gezählten, erhalten höchstens 20 vom Hundert 30 bis 60 Pf. pro Tag, 80 vom Hundert überhaupt nichts. Das ist das Vorbild unserer Nazis.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Mittwoch, den 16. März, 19.30 Uhr, tagen folgende Gruppen: **Südwesten:** Jugendheim, Yorckstr. 11 (Hofgebäude). Reihenvortrag: Die Entwicklung der Arbeiterbewegung. — **Schöneberg:** Jugendheim, Hauptstr. 15 (Gartenhaus). Der Zirkusfahrplan. — **Spandau-Neustadt** Jugendheim, Lindenufer 1. Warum „Eiserne Front"? — **Nordring:** Jugendheim, Sonnenburger Str. 20. Wenn wir streiken. — **Weißensee:** Jugendheim, Weißensee, Parkstr. 36. Kampfliederabend. — **Kranzwalder Platz:** Jugendheim, Rastenburger Str. 16. Kann der Völkerbund Kriege verhindern? — **Neukölln:** Jugendheim, Bergstr. 29 (Hof). Unsere Ostertahrt im Bild. — **Flughafen:** Jugendheim, Flughafenstr. 68 (U-Bahn Boddinstraße). Mitgliederbewegung und Aufbau des ADGB. — **Humboldt:** Jugendheim, Graun. Ecke Lortzingstraße. FGJ. in Wort und Bild. — **Schillerpark:** Jugendheim, Schule Schönlinstr. 17. Revolutionsfeier. — **Tegel:** Jugendheim, Tegel, Schönebergerstr. 4. Mecklenburg, die Heimat Fritz Reuters. — **Baumschulenweg:** Jugendheim, Baumschulenweg, Ernststr. 16. Unterhaltungsabend.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: **Schönhauser Vorstadt:** Jugendheim der Schule Kastanienallee 81. Vortrag: „Die Frau in der Gewerkschaft." Referentin: Ellert. — **Nordost I:** Jugendheim, Danziger Straße 62 (Baracke 5). Heimbesprechung. — **Reinickendorf:** Jugendheim, Lindauer Str. 2 (Baracke). „Die bürgerliche Revolution von 1848." — **Stralau:** Jugendheim der Schule Gohlerstr. 61. Arbeitsgemeinschaft: Proletarische Jugend und Kunst. Leiter: Polemann. — **Köpenick:** Jugendheim, Dahlwitzer Straße 15 (Gasanstalt am Bahnhof Köpenick). Vortrag: „Ein Tag auf dem Arbeitsgericht." Referent: Decker. — **Neukölln:** Jugendheim, Böhmische Str. 1/4, Ecke Kanner Straße. „Und sie bewegt sich doch." (Weltbild und Weltanschauung.) Referent: Krug. — **Südost:** Jugendheim, Mantenffelstr. 7. Vortrag: „Körperhaushalt." Referent: Polemann. — **Schöneberg:** Jugendheim, Hauptstr. 15 (Hofgebäude — Sachsenzimmer). Lesebend: „Lehrjahre der deutschen Arbeiterbewegung." — **Charlottenburg:** Jugendheim, Spielhagenstr. 4. Aussprache: „Gbl. und GdA. — ein Kapitel zur Ideologie der Angestelltenbewegung" Leiter: Weikstock. — **Spandau:** Jugendheim, Lindenufer 1. Vortrag: „Erlebnisse eines Piloten." Referent: Liebig. — Heute tagt die Versicherungsgesellschaft „Sorgenfrei" A.-G. von 16 bis 18 Uhr im Verbandshaus, Zimmer 24.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen.

Schöne weiße Zähne: Chlorodont
Unter-Vorkriegspreise!

Verbrecherische Fahrlässigkeit.

Ein Jahr Gefängnis für Othegraven.

Das Schöffengericht Berlin-Schöneberg verurteilte den Kunstmaler v. Othegraven, dessen Leopard Nanosch am 29. Januar d. J. die 1½ Jahre alte Erika tödlich und deren Mutter, Frau Scharries, leicht verletzte, wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung zu 1 Jahr Gefängnis und wegen Uebertretung der polizeilichen Vorschriften über Halten von Raubtieren zu 150 Mark Geldstrafe. Die Entscheidung über eine Bewährungsfrist hat das Gericht sich vorbehalten. Der Antrag des Staatsanwalts hatte auf 1 Jahr 9 Monate Gefängnis und 4 Wochen Haft gelautet.

*

Das Urteil des Gerichts ist zu recht gefällt worden. Der Kunstmaler v. Othegraven, der als Afrikaforscher sich in Raubtieren auskennen mußte, hat durch seine verbrecherische Fahrlässigkeit das Ehepaar Scharries um ein liebliches kleines Kind gebracht. Wie grob fahrlässig er gehandelt, ergab die Beweisaufnahme. Die Verfügung des Polizeiamts Charlottenburg-Tiergarten ließ keinen Zweifel darüber, daß die Anwesenheit des ausgewachsenen Raubtieres in einer Wohnung nicht geduldet werden könne. Was tat v. Othegraven? Beim Verlassen der Abtei in Treptow, in der Nanosch in Verwahrung war, meldete er das Tier in Neukölln nicht ab und im Polizeiamt Schöneberg auch nicht an. Verbrecherisch fahrlässig war auch die Art der Befestigung des Raubtieres.

Eine eigentümliche Rolle spielte Frau Rinke vom Tierschutzverein. Als der Regierungsrat Bloch vom Polizeiamt Charlottenburg auf die strikteste Durchführung seiner Verfügung bestand und mit Erschießen des Tieres drohte, nannte sie in einem Briefe an ihn sein Verhalten barbarisch. Frau Rinke war es auch, die — entgegen dieser Verfügung — dem Kunstmaler die Wohnung in der Kaiserallee besorgte und bei der Anmeldung des neuen Mieters im Polizeirevier das Raubtier nicht erwähnte. Sie hielt das Tier für „rasend" zahm, obgleich es seine Krallen auch ihr in den Hals grub, als sie eines Tages in einem Pelzmantel das Zimmer betrat. Die Ohnmacht, in die sie damals verfiel, und die Narben, die sie heute noch schmücken, haben ihrer Liebe zu Nanosch keinen Abbruch getan.

Mieterbeisitzer müssen sein!

Mehr als 1000 Mieterfunktionäre fordern sie

Die „Freie Vereinigung der Mieterbeisitzer bei den Mieteinigungsämtern und Amtsgerichten Groß-Berlins" hatte die bisherigen Mieterbeisitzer zu einer Kundgebung in den Bürgersaal des Berliner Rathauses gerufen, um gegen die Beseitigung der Laienbeisitzer bei den Mieteinigungsämtern zu protestieren.

Rechtsanwalt Dr. Alfred Michaelis sprach über „Die Notverordnung vom 8. Dezember und den Abbau der Laienrichter". Nach längeren Ausführungen über die mietrechtlichen Bestimmungen der Notverordnung zitierte er den Artikel 2 dieser Notverordnung: „Die Amtsgerichte und die Mieteinigungsämter entscheiden ohne Beisitzer." Mit diesen paar Worten ist die Laiengerichtsbarkeit aufgehoben worden, und das in einer Zeit, in der die Rechtspflege mehr denn je Laienrichter braucht. Oft sind es blutjunge Assessoren, die über das Schicksal von Familien zu entscheiden haben. Hier haben die Laienrichter bei der Urteilsfindung oft wertvolle Arbeit geleistet, da sie reiche Erfahrungen aus der Praxis des täglichen Lebens haben. Die Mieterbeisitzer, die durch die Notverordnung beseitigt wurden, müssen dahin wirken, daß diese Maßnahme wieder aufgehoben wird.

Genosse Gramse vom Bund deutscher Mietervereine betonte, daß die Tätigkeit der Mieterbeisitzer eher zur Bewahrung als zur Gefährdung der Ruhe und Ordnung beigetragen hat, daß also keine Veranlassung bestand, sie mit Hilfe des § 48 zu beseitigen. Die Notverordnung spricht von der Schaffung des sozialen Mietrechts. Aber das kann man nicht schaffen, wenn man vorher die dazu unbedingt notwendigen Laienbeisitzer entfernt.

Genosse Thäle vom Reichsbund deutscher Mieter forderte ebenfalls die Wiedereinsetzung der Beisitzer, die wertvolle soziale Arbeit geleistet haben. Wir brauchen die Laienbeisitzer nicht nur bei den Mieteinigungsämtern und Amtsgerichten, sondern auch bei den Landgerichten und beim Reichsgericht. Der Zentralvorsitzende Reimann des Verbandes der Mieter und Wohnungsuchenden schloß sich diesen Forderungen an.

Eine Entschließung, die diese Forderungen vertritt, wurde einstimmig angenommen. Es heißt darin: „Die Hinzuziehung der von den Mieter- und Vermieterorganisationen bestellten Beisitzer entsprach dem verfassungsmäßigen Recht des Volkes auf Mitwirkung in der Rechtspflege und lag im Interesse einer sozialen Rechtsprechung. Mehr als 1000 Mieterbeisitzer Groß-Berlins, die seit vielen Jahren als solche tätig sind, fordern die Wiedereinführung der sozial und kulturell wertvollen Laiengerichtsbarkeit. Ein den Bedürfnissen aller Volksschichten gerecht werdendes soziales Mietrecht hat zur unerläßlichen Voraussetzung, daß durch Mitwirkung von Laienrichtern eine soziale Rechtspflege gesichert wird."

Zum Schluß betonte der Leiter der Kundgebung, Genosse Lange, daß die Vereinigung der Mieterbeisitzer bestehen bleibt und tatkräftig für die aufgestellten Forderungen arbeiten wird.

Haftbefehle gegen Verräter.

Sie decken immer noch ihre Nazi-Mitverschworenen.

In der Hochverratsaffäre der Berliner Schupobeamten ist gestern im Laufe des Tages gegen den beschuldigten Leutnant Lange und den Polizeiwachtmeister Schulz-Briesen vom Untersuchungsrichter in Moabit Haftbefehl erlassen worden. Die gleichfalls der Mittäterschaft beschuldigte Buchhalterin Gertrud Müller und der Oberleutnant a. D. Schlüter, zur Zeit Weinhändler, sind wegen mangelnden Tatverdachts wieder freigelassen worden.

Lange hatte behauptet, daß Schlüter, der vor einigen Jahren aus der Schutzpolizei ausschied, mit ihm zusammen den ganzen Plan zur Beschaffung der Pläne der Polizeiunterkünfte und der Waffen- und Munitionslager verabredet und zum Teil auch ausgeführt habe. Der frühere Polizeioffizier Schlüter bestritt das entschieden, und eine überraschende Haussuchung bei Sch. führte auch nichts Belastendes zutage. Bisher konnte noch immer nicht festgestellt werden, wer der Betreffende war, mit dem Lange im Berliner Gaubüro der Hakenkreuzler in der Hedemannstraße mehrfach verhandelt hatte. Zu diesem Teil der Untersuchung schweigt sich der verräterische Offizier beharrlich aus.

„Nazi von östlichem Aussehen."

Universitätskrawallisten vom Schöffengericht verurteilt.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte fanden am Dienstag die Universitätskrawalle vom 29. Juni v. J. ein viel zu spätes gerichtliches Nachspiel. Ein stud. jur. **Schlittermann wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt.**

Im Anschluß an eine Protestkundgebung der Nazistudenten innerhalb der Universität kam es, wie erinnerlich, an diesem Tage zu schweren Ausschreitungen der Hakenkreuzstudenten gegen ihre linksgerichteten Kommilitonen. Drei Krawallbrüder wurden festgestellt. Der Senat sprach einen von den dreien, den 22jährigen stud. theol. Frenzel, frei und verwies die stud. jur. Schlittermann und Simon von der Universität. Frenzel erhielt darauf von der Polizei wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung einen Strafbefehl auf 6 Wochen Gefängnis, Schlittermann einen solchen auf 2 Monate Gefängnis und Simon auf 7 Wochen Gefängnis. Alle drei legten gegen die Strafbefehle Einspruch ein, über die das Schöffengericht Berlin-Mitte jetzt zu entscheiden hatte. Interessant war die Aussage des Rektors Professor Deißmann. Der Vertreter der Nazistudenten hatte ihn gebeten, die Protestversammlung zu gestatten. Professor Deißmann verweigerte seine Erlaubnis dazu, erklärte sich aber bereit, die Protesterklärung unter der Bedingung entgegenzunehmen, daß die Studenten unmittelbar danach auseinandergingen. Er nahm dann tatsächlich die Protesterklärung entgegen, die Nazistudenten dachten aber gar nicht daran, auseinanderzugehen. Bald hier, bald da fielen sie trotz der Anwesenheit des Rektors und seiner Pedelle über ihre Kommilitonen her, obgleich die Führer der Hakenkreuzler erst vor wenigen Tagen versprochen hatten, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Amüsant war die Antwort des Rektors auf die Frage des Vorsitzenden, ob es möglich war, festzustellen, wer Nazis, wer Kommunisten waren. „Das war ganz unmöglich", sagte er, „es gibt Kommunisten mit blondem wallenden Haar und Nazistudenten von ausgesprochen östlichem Typus. Das Gericht sprach den Angeklagten Frenzel frei und verurteilte den stud. jur. Schlittermann zu einem Monat Gefängnis und den stud. jur. Simon zu 50 Mark Geldstrafe.

Ein Jahr Gefängnis für Rauh.

Schwere Bestechung und trotzdem mildernde Umstände.

Das Potsdamer Schöffengericht verurteilte den Stadtbauinspektor Rauh vom Hochbauamt in Potsdam wegen schwerer und einfacher Bestechung unter Zubilligung mildernder Umstände zu insgesamt einem Jahr einem Monat Gefängnis. Dem Angeklagten wurde die Fähigkeit, öffentliche Aemter zu bekleiden, auf die Dauer von zwei Jahren abgesprochen. Die gezahlten Bestechungsgelder oder deren Wert in Höhe von 6500 M. fallen dem Staat zu. Die Mitangeklagten, Werner und Herbert Lilie aus Potsdam, wurden wegen Bestechung zu je 2000 Mark verurteilt. Rauh, der bisher in Haft war, wurde auf freien Fuß gesetzt. Die mildernden Umstände wurden, wie der Vorsitzende, Landgerichtsrat v. Horn, ausdrücklich hervorhob, nicht etwa darin gefunden, daß der Angeklagte die Bestechungsgelder dem Stahlhelm zugewendet hat, sondern weil er sich jahrelang als tüchtiger Beamter bewährt hat, bis er vor vier bzw. fünf Jahren zu straucheln anfing. Daß Rauh große Summen dem Stahlhelm gegeben habe, könne nach Ansicht des Gerichts den Angeklagten in keiner Weise entschuldigen. Die Führerschaft im Stahlhelm bringe gewisse Unkosten mit sich. Wer die Mittel dazu nicht habe, müsse die Finger davon lassen und sich nicht zu strafbaren Handlungen hinreißen lassen.

17]

Aus dem Russischen übertragen von Werner Bergengruen.

Wenn sie beieinanderstanden und sich unterhielten, dann wirkten sie in ihrer soliden und gesetzten Art, ihrem zurückhaltenden und wortkargen Wesen nicht wie Landstreicher und Gefangene, sondern eher wie Fischaufkäufer, dörfliche Viehhändler oder Kaufleute, die sich in einer anständigen Herberge ein Stelldichein gegeben haben. Dieser Eindruck verstärkte sich besonders, wenn sie Tee tranken. Das Teetrinken war hier nicht nur eine Angelegenheit, die der Stillung des Durstes dienen oder das Brot hinunterspülen sollte. So sitzen Freunde, die sich wieder einmal zusammengefunden haben, lange bei einer Flasche Wein, der vielleicht sauer und minderwertig ist; aber bei diesem Wein rinnt die freundschaftliche Unterhaltung so wohltuend und warm, so voll von Erinnerungen an alte Zeiten, von Zukunftsträumen, von Klagen über die Gegenwart. Sie tranken ihren Tee, wie die Völker des Morgenlandes ihr Nargileh rauchen, wie fromme Richtstuer die Perlen des Rosenkranzes durch die Finger gleiten lassen, wie Chinesen in heimlichen Spelunken oder auch im eigenen Hause, auf Teppichen und Kissen ausgestreckt, ihr Opium oder Haschisch rauchen Oder wie die Juden, wenn sie auch noch so arm sind, sich an den feierlichen Schabbestisch setzen, auf dem vielleicht nur ein kleines Stückchen Fisch und eine Scheibe Schabbesgebäck liegen und dann selig die umständliche Prozedur des feiertäglichen Mahles abwickeln, eine Prozedur, deren Element nicht so sehr das Religiöse als vielmehr das Traditionelle ist.

Sie tranken ausführlich ihren Tee, bis zu zehn Bechern, sie schwitzten, sie zogen die Kittel aus, knöpften die Hemdkragen auf, wischten sich den Schweiß mit großen Schnupftüchern oder gar mit Handtüchern ab, gingen auf die Seite, um „nach den Pferden zu sehen", kamen zurück und tranken weiter. Und beim Tee rann das Gespräch, sie tauschten Erinnerungen aus an alte Gefängniszeiten, Rutenstrafen, Fluchten, Ansiedlungsrayons, sibirische Dörfer. Sie sprachen bekümmert von verschollenen oder ums Leben gekommenen Freunden; sie erörterten neidvoll das Geschick anderer, die es verstanden hatten, sich ein gesichertes Leben aufzubauen, zu Wohlstand, Familie, Haus und Hof zu gelangen.

Manche von den alten Kriminalverbrechern, die ihre Zwangsarbeits- und Zwangsansiedlungszeit hinter sich hatten, faßten Fuß in einem reichen Dorf, fingen einen Handel an, machten einen Laden oder eine Herberge auf, wurden reich und lebten durchaus häuslich. Natürlich waren diese reichen „Hocker" Gegenstand der Mißgunst und des verhohlenen Neides seitens der Erfolglosen, denen es ihr Leben lang nicht glücken wollte, aus den ewigen Mißgeschicken, Gefängnissen, Transporten, Verdächtigungen und Verhaftungen hinauszufinden, also kurz: seitens der alten Tippelbrüder.

In ganz Rußland gab es damals mehr als dreimalhunderttausend Verschickter und zwangsweise Angesiedelter. Mit Anbruch des Frühlings pflegte ein Drittel dieser ungeheuren Arme Reißaus zu nehmen. Nur wenige von ihnen, findige und gewandte Burschen, gelangten nach Rußland, manche andere verstanden es, sich auf irgendeine Art in Sibirien einzurichten, alle übrigen aber, die eigentlich keine anderen Hilfsmittel hatten als das warme Sommerwetter und die Unterkunftsmöglichkeiten, die ihnen der Urwald bot, strolchten in großen Schwärmen umher und nährten sich von der Jagd; oft kamen sie auch aus dem Urwald auf die Landstraßen, erschienen plötzlich in Dörfern und Ansiedlungen, stahlen und raubten.

Die wirtschaftlich tüchtigen und erfolgreichen „Hocker", die von jeher im Ruf hartherziger Egoisten, unerbittlicher Blutsauger und heimtückischer Verräter ihrer ehemaligen Freunde und Gefährten standen, machten oft Jagd auf die Flüchtlinge, denen es nicht gelungen war, einen Unterschlupf im Urwalde zu finden. Vom Kopf bis zu den Füßen bewaffnet, ritten oder fuhren sie umher, legten Hinterhalte, organisierten förmliche Kesseltreiben und brachten nach Räuberart mitleidslos Dutzende von Unglücklichen um. Sie fingen auch Lebende, so viele sie konnten, lieferten sie den Behörden aus und ließen sich dafür die für jeden eingebrachten Flüchtling ausgesetzte Belohnung zahlen. Die Behörden waren mit dieser Praxis natürlich von Herzen einverstanden: sie hatten an diesen freiwilligen Hütern der gesetzlichen Ordnung ja ihre treuen und zuverlässigen Bundesgenossen. Ueberhaupt erfreuten sich die wirtschaftlich selbständigen und besonders die reichgewordenen Hocker warmer Freundschaft und Protektion bei den Behörden. Von den „Hockern" habe ich nie anders sprechen hören — auch in ihren eigenen Kreisen nicht — als von gemeinen, blutdürstigen, bestechlichen und zu jedem Verbrechen bereiten Leuten. Es kam auch sehr häufig vor, daß reisende Kaufleute oder andere Personen, bei denen sich Geld vermuten ließ, ausgeraubt und ermordet wurden, wenn sie bei „Hockern" einkehrten. Die Habsucht der Hocker — sogar solcher, die bereits begütert genug waren, um ihr Leben in aller Behaglichkeit hinbringen zu können —, kannte keine Grenzen. Kam zu ihnen ein Flüchtling, der Geld hatte, so nahmen sie ihn in Schutz, versorgten ihn mit Essen und Trinken, stellten ihm Pferde zur Weiterfahrt zur Verfügung, nur um möglichst hohe Summen aus ihm herauszupressen.

Mit dem Einsetzen der Winterfröste nahm die freie Herrlichkeit der Flüchtlinge ein Ende. Viele kamen scharenweise in die Stadt, geradenwegs zum Gefängnis, wo sie ihren Bissen Brot und ihr Dach über dem Kopf hatten; zu diesem Zweck gaben sie sich als Paßlose aus und rückten mit ihren Namen nicht vor Frühlingsbeginn heraus. Viele andere, die sich vom Komfort des Gefängnisses weniger angezogen fühlten, zogen in die besiedelten Gebiete, plünderten Dörfer und ließen es auf regelrechte Kämpfe mit den Hockern ankommen. Manche zogen einzeln oder gruppenweise von Dorf zu Dorf und bettelten um ein Stück Brot, aber da man bei ihnen meist schlimme Absichten voraussetzte, so kamen sie damit nicht weit und gerieten oft den Behörden in die Hände. Wenn die große Kälte einsetzt, dann fand man überall auf Landstraßen und Seitenwegen, in der Nähe der Ansiedlungen, manchmal sogar in den Höfen der Bauernhäuser die froststeifen Leichen Verhungerter und Erfrorener. Man hat deren in Sibirien nach Tausenden gezählt, wie viele aber mögen im Urwalde umgekommen sein, ohne daß man sie je gefunden hätte?

Ich hörte den alten Tippelbrüdern zu und gewann aus ihren knappen, abgerissenen und manchmal verworrenen Erzählungen immerhin eine Vorstellung vom Leben in den Gefängnissen, Zuchthäusern, Zwangsansiedlungen und Verschickungsorten. Ueber ihr persönliches Leben und die hinter ihnen liegenden Verbrechen sprachen sie selten, kurz und widerwillig. Sie neigten dazu, einen Schleier über ihre Vergangenheit zu breiten, und in der Tat hatte wohl jeder von ihnen ein Geheimnis zu hüten, vielleicht ein blutiges Verbrechen oder gar eine ganze Kette von Untaten zu verheimlichen.

(Fortsetzung folgt.)

Weihen der Jugend.

Mit der Abkehr immer weiterer Kreise des Proletariats von kirchlichen Lehren und Einrichtungen verlieren auch die kirchlichen Feiern für die Arbeiterschaft mehr und mehr ihre Bedeutung. Dafür schafft sich das Proletariat neue Feste und Feierstunden, die Ausdruck seines Lebensgefühls sind. Groß ist schon die Zahl der schulentlassenen Jungen und Mädchen, die jährlich zu Ostern, statt an der Konfirmation, an unseren Jugendweihen teilnehmen. Groß ist aber auch schon die Zahl der Aelteren, die an solchen Feiern teilgenommen haben und von dem machtvollen, in die Tiefe reichenden Ernst der Veranstaltung erschüttert heimgingen.

Deutlich ist in der Gestaltung der Jugendweihen in den letzten Jahren eine vorwärtsführende Entwicklung festzustellen. Bestanden früher die Jugendweihen vielfach noch aus einem Programm mit einer Reihe mehr oder weniger innerlich verknüpfter Einzeldarbietungen, so kommt man neuerdings immer mehr zu der Form der geschlossenen Weihehandlung, die alle beteiligten Kräfte (Musik, Sprech- und Bewegungschor, Sängerchor, Tanzgruppe usw.) unter einem Leitgedanken zu einer wohl abgerundeten und in sich verbundenen Feier vereinigt. Von dem Vorbild der Konfirmation, das hier und da noch manchen Eltern vorschwebt, wird vollkommen abgesehen, denn neue Ideen, ein neuer Festwille bedürfen auch einer neuen und sinngemäßen Form.

Mehrere solcher neugeschaffenen Jugendweihespiele sind bei den in Berlin durchgeführten „Jugendweihen der Sozialisten, Freidenker und Gewerkschaften" schon aufgeführt worden, bei denen, unter Verwendung von Einzelsprechern und aller chorischen Mittel (bei dem Schönlankschen „Seid geweiht" auch unter Verwendung eines besonders für diesen Zweck hergestellten kurzen Filmstreifens), die Weiherede völlig in Wegfall kommt und an ihre Stelle die Handlung des Weihespiels tritt. Durch diese Art der Durchführung der Jugendweihe wird in viel stärkerem Maße, als es in einer Weiherede möglich ist, der Charakter der Jugendweihe als der Aufnahme der aus der Schule entlassenen und nun in das Erwerbsleben eintretenden Kinder in die Reihen der kämpfenden, sozialistischen und vorwärtsstrebenden Arbeiterschaft herausgestellt.

Die diesjährigen Jugendweihen werden im gleichen Sinne durchgeführt. Während bei der Jugendweihe am 20. März in der „Neuen Welt" und am 25. März im „Großen Schauspielhaus" Schönlanks „Seid geweiht" aufgeführt wird, das bereits in früheren Jahren starken Eindruck hervorgerufen hat, ist für die Jugendweihen am 20. und 25. März in der „Volksbühne" ein neues, von Walter May geschaffenes chorisches Jugendweihespiel mit dem Titel „Zum Lande der Gerechten" vorgesehen. Bei den Aufführungen wirken u. a. mit: „Der Junge Chor" unter Leitung von Heinz Tiessen, das Orchester der Sozialistischen Arbeiterjugend, der Kinderbewegungschor der Lebensgemeinschaftsschule und Sprechchor Niederschönhausen, Chöre und Orchester der „Freien Schulgemeinde" Pankstraße. Die Bewegungschöre leitet Martin Gleisner.

Spricht man von „proletarischer Kultur", so wird man an diesen Jugendweihen nicht vorübergehen dürfen, und auch die Aelteren werden ihnen Beachtung schenken müssen.

Arsenal des Sozialismus

In aller Stille und mit großer Sorgfalt ist beim Bezirksvorstand der Berliner Parteiorganisation eine Einrichtung ausgebaut worden, die verdient, nicht nur weithin bekannt, sondern auch benutzt zu werden. Das ist die Ausleihbibliothek des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr 3, 2 Hof links 2 Treppen, die unter Leitung des Genossen Schenk steht. Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 6 bis 8 Uhr geöffnet ist und allen Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei und der Sozialistischen Arbeiterjugend unentgeltlich zur Verfügung steht. Die Bücher werden ausgeliehen und können mitgenommen werden. Ein Ausweis über Parteizugehörigkeit und Wohnung muß vorgelegt werden.

Die umfangreiche Kartei weist dem Bücherfreund folgende Hauptgruppen nach: A. Nachschlagewerke, Parteitagsprotokolle und Berichte; B. Geschichte, Lebensbeschreibungen und Erinnerungen (Memoiren); E. Länder- und Völkerkunde; F Naturwissenschaften, Gesundheitslehre, Spiel und Sport; H. Rechts- und Staatslehre und Politik; K. Wirtschaft und Gesellschaft; L. Sozialismus und Arbeiterbewegung; N. Technik. P. Philosophie, Religion, Erziehung, Unterricht, Bildungswesen, Jugendbewegung; T. Kunst, Theater, Musik, Literatur, Geschichte; U. Romane, Erzählungen, Sagen, Volksbücher, Unterhaltungsschriften, klassische Dichtungen, Gedichte und Dramen.

Es wäre ein müßiges Beginnen, an dieser Stelle alle Schätze aufzählen zu wollen, über die diese Bücherei verfügt. Man kann da nichts Besseres tun, als selber hingehen, Einsicht in den Katalog nehmen und danach seine Wahl treffen. Nur ein paar Anregungen seien hier gegeben. Greifen wir das Gebiet heraus, das uns am nächsten liegt: Sozialismus und Arbeiterbewegung. So wie man es erwartet und wie es sich gehört, ist diese Sparte ganz besonders gut und umfangreich ausgestattet. Rein ziffernmäßig an der Spitze steht Karl Kautsky mit nicht weniger als insgesamt 48 Büchern und Schriften. Ihm folgen Karl Marx und Ferdinand Lassalle mit 27 Werken. Der Oesterreicher Dr. Friedrich Adler ist mit 47 Werken, Friedrich Engels mit 7, Wilhelm Liebknecht mit 14. Paul Kampffmeyer mit 7 Werken vertreten. Der bürgerliche Werner Sombart kann sich mit 5 vorhandenen Werken auch nicht beklagen.

Wer sich über Wesen, Bedeutung und Grundlagen des modernen Sozialismus unterrichten will, der findet u. a. folgende Bücher, nach dem Alphabet aufgeführt: Rudolf Abraham, Theorie des modernen Sozialismus — Max Beer, Allgemeine Geschichte des Sozialismus — Eduard Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus — Adolf Braun, Ziele und Wege, Erläuterungen der sozialdemokratischen Gegenwartsforderungen — L. Brügel, Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie — Gustav Eckstein, Kapitalismus und Sozialismus, Gespräche zur Einführung in die Grundbegriffe des wissenschaftlichen Sozialismus — Wilhelm Ellenbogen, Was will die Sozialdemokratie? Elementare Erläuterungen des sozialdemokratischen Programms — Paul Hirsch, Der Weg der Sozialdemokratie in Preußen — Paul Kampffmeyer. Die Sozialdemokratie in der deutschen Geschichte und Die Sozialdemokratie im Licht der Kulturgeschichte — Franz Klühs, Der Aufstieg, Führer durch die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, von demselben: Werden und Wachsen der sozialistischen Bewegung — Karl Korn, Die Weltanschauung des Sozialismus — Kautsky, Bernstein und das sozialdemokratische Programm — Vorläufer der neueren Sozialismus — Wilhelm Liebknecht, Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen — Lipinski, Die Jugendzeit der sozialistischen Bewegung in Deutschland bis zur Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands 1875 — Franz Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie — Paul Pflüger, Der Sozialismus der israelitischen Propheten; von demselben: Der Sozialismus der Kirchenväter — Eugen Prager, Geschichte der USPD. — Max Quarck, Die erste deutsche Arbeiterbewegung, Geschichte der deutschen Arbeiterverbrüderung 1848/49 — Gustav Radbruch, Kulturlehre des Sozialismus — Friedrich Stampfer, Grundbegriffe der Politik; von demselben: Das Görlitzer Programm — Karl Vorländer, Die Geschichte der sozialistischen Ideen — Wilbrandt, Sozialismus.

Selbstverständlich gibt es in dieser einen Abteilung noch eine Unmenge anderer Werke, die bei allen Bildungshungrigen Interesse erwecken werden, wenn sie nur die Titel hören. Ueber die gerade heute wieder ungemein wichtige Frage: Sozialismus und Kirche unterrichten eine ganze Anzahl von Schriften, z. B. Otto Bauer, Sozialdemokratie, Religion und Kirche; Kurt Falck, Die christliche Kirche und der Sozialismus; Paul Göhre, Wie ein Pfarrer Sozialdemokrat wurde; Anton Pannekoek, Religion und Sozialismus; J. v. D. Brink, Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat u. a. Dann ist vorhanden die berühmte bodenreformerische Schrift von Henry George, Fortschritt und Armut. Von Hermann Heller Sozialismus und Nation, von Dr. Arkady Gurland Marxismus und Diktatur, von Hendrik de Man Psychologie des Sozialismus und Sozialismus als Kulturbewegung, von Dr. Kurt Geyer, Führer und Masse in der Demokratie, von Alexander Stein Agrarfrage und Sozialismus, von Anna Blos Die Frauenfrage im Licht des Sozialismus und viele andere Bücher und Schriften die besonders unsere jungen Menschen mit großem Gewinn lesen werden. Wer aber als Redner für die sozialistische Bewegung tätig sein möchte und sich noch nicht heraustraut, dem sei angelegentlich die vortreffliche Schrift von Dr. Eduard David Referentenführer empfohlen.

Klarholz bleibt verurteilt.

Die Große Strafkammer des Landgerichts I hatte sich mit den Unterschlagungen zu beschäftigen, die der Buchhalter Klarholz in den Jahren 1926 bis 1929 bei der Hilfskasse der Freien Wohlfahrtsverbände, die gleichfalls zu diesen Unternehmungen gehört, begangen hat. In dieser seiner Tätigkeit verwendete er 500 000 M. für eigene Zwecke. Die Anklage gegen K. ist erst auf Grund der Enthüllungen im Devaheim-Skandal erfolgt, während nach Aufdeckung der Unterschlagungen durch ein Steuerstrafverfahren die Hilfskasse es nicht wagte, gegen den ungetreuen Buchhalter vorzugehen, weil er zuviel von den sonstigen Manipulationen wußte. Das Schöffengericht Berlin-Mitte hatte Klarholz zu 2½ Jahren Gefängnis verurteilt. Die Große Strafkammer des Landgerichts I kam zu einer Verwerfung der vom Angeklagten eingelegten Berufung und bestätigte das Urteil.

Professor Maurer erwidert!

Auf die am 8. März im „Vorwärts" erfolgte Veröffentlichung eines an den ordentlichen Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule Maurer, Dozent an der Staatlichen Gartenbauschule in Dahlem gerichteten Offenen Briefes hat Herr Maurer nunmehr erwidert. Diese Erwiderung ist aber im Grunde genommen nur ein Versuch, die an der Gartenbauschule bestehende Sozialistische Arbeitsgemeinschaft als eine rein kommunistische Gruppe nachzuweisen. Davon kann gar keine Rede sein, denn wir sind besser unterrichtet als Herr Maurer. Wir wollen nunmehr folgendes feststellen: Professor Maurer hat der Gruppe des Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes die Aushängung eines eigenen Anschlagbrettes erlaubt, er hat dasselbe Recht aber der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft verweigert. Gleiches Recht für alle, Herr Maurer! Entweder wird nun den Nazis das Brett entzogen und entfernt oder der Arbeitsgemeinschaft wird erlaubt, ein Brett aufzuhängen. Wir sind überzeugt, daß die eine oder die andere Entscheidung jetzt sehr schnell fallen wird.

Ungetreuer Bahnpostschaffner.

Der Bahnpostschaffner Bruno H. wurde vom Schöffengericht Mitte wegen Amtsunterschlagung und Urkundenbeseitigung zu 1 Jahr 2 Monaten Zuchthaus verurteilt. Der Angeklagte hatte sich drei Jahre lang während seines Dienstes an ungefähr 300 Einschreib- und gewöhnlichen Briefen vergriffen und einen Betrag von 1500 Mark erbeutet.

Eine Frage an die OPD.

Ein Abonnent schreibt uns:

„Vereinbart es sich mit den Aufgaben und Pflichten eines republikanischen Beamten, wenn er auf der Straße und insbesondere auf dem Wege zu seiner Dienststelle für die nationalsozialistische Partei dadurch Propaganda treibt, daß er Passanten mit dem Faschistengruß beehrt?" Sollte, was ich für selbstverständlich halte, die Oberpostdirektion der Auffassung sein, daß derartige staatsfeindliche Elemente in einer Behörde nichts zu suchen haben, so mache ich auf den Direktor des Postamtes N. 20 in der Christianiastraße aufmerksam, den ich dabei wiederholt beobachtet habe, wie er auf der Straße Passanten mit dem Hitlergruß grüßte.

Verhängnisvolles Skatspiel.

Das Potsdamer Schöffengericht verurteilte den 38jährigen Postschaffner H. vom Postamt Glindow wegen Unterdrückung amtlicher Urkunden zu sechs Monaten Gefängnis. Der Angeklagte war ein leidenschaftlicher Skatspieler und saß viel in Gastwirtschaften herum, wo er sogar die Zustellungen ausfüllte und amtliche Abrechnungen machte. Eines Tages wurden ihm 200 Mark amtliche Gelder gestohlen. Um den Fehlbetrag zu verdecken, hielt der Angeklagte die Zustellungsurkunden mehrere Tage zurück, um sich in der Zwischenzeit Geld zu borgen, was aber mißlang.

Katzenellenbogens letztes Wort.

Er gibt Fehler zu und bestreitet strafbare Handlungen.

Nach den Repliken der Rechtsanwälte Aich, Dix, Stemmler und des Justizrats Gottschalk erteilte der Vorsitzende nach der Mittagspause im Schultheiß-Prozeß den angeklagten Mitgliedern des früheren Generaldirektoriums das Schlußwort. Ludwig Katzenellenbogen sprach folgendes:

„Ich hoffe voller Zuversicht, daß Sie, meine Herren Richter, die Ueberzeugung gewonnen haben, daß ich hier vom ersten bis zum letzten Wort die reine Wahrheit gesagt habe. Ich glaube fest, daß der Weg der Wahrheit zu der Erkenntnis geführt hat, daß ich zwar Fehler gemacht, aber keine strafbare Handlung begangen habe. Nachdem ich, wie Sie wissen, alles, was ich in 38jähriger mühevoller Arbeit aufgebaut habe, in einem Unglücksjahr verloren habe, bin ich gezwungen, von vorn anzufangen und mir eine neue Existenz zu gründen. Das aber kann mir nur dann gelingen, wenn Sie, meine Herren Richter, mich nicht nur freisprechen, sondern durch die Begründung Ihres Freispruchs auch meine kaufmännische Ehre wieder herstellen. Daß Sie dies tun werden, ist mein fester Glaube."

Dr. Sobernheim wies in seinem Schlußwort auf die schicksalshafte Verbundenheit seiner Person mit der Schultheiß-Gesellschaft hin, deren Aufstieg er mitgefördert habe. Ihr Ansehen sei sein Ansehen gewesen. Deshalb habe er das Gefühl gehabt, er durfte im Interesse der Gesellschaft nicht sprechen, da die Gesellschaft möglicherweise die Gefährdung nicht hätte überstehen können. Auch er sowohl wie der Angeklagte Penzlin betonen, daß sie sich keiner rechtswidrigen Handlung bewußt seien; beide bitten das Gericht um Freispruch.

Die Verhandlung wurde auf Sonnabend um 11 Uhr vertagt. Wahrscheinlich wird im Verlauf des Sonnabends auch das Urteil der Strafkammer verkündet werden.

Baugenossenschaft in Schwierigkeiten.

Wie die Verwaltung der Berliner Baugenossenschaft e. G. m. b. H. mitteilen läßt, ist sie infolge der starken Abzüge von Spareinlagen seit dem Einsetzen der Julikrise trotz aller Bemühungen zur Aufrechterhaltung der Liquidität in Schwierigkeiten geraten. Mit Unterstützung der Berliner Wohnungsfürsorgegesellschaft ist mit den Hypothekengläubigern ein Abkommen getroffen, wonach ein Treuhänder bestellt wird, an den sämtliche Mieteingänge aus den der Gesellschaft gehörenden Häusern (etwa rund 150 Wohnungen) abgeführt werden müssen. Aus diesen Mitteln sollen die rückständigen Hypothekenzinsen gezahlt werden. Man hofft, die aufgelaufenen Verpflichtungen innerhalb Jahresfrist, für die der Treuhänder zunächst bestellt wird, abdecken zu können. Eine Gefährdung der Spareinlagen sei keinesfalls zu befürchten.

Wohnungsbrand im Nordosten.

In der Wadzeckstraße 13, im Berliner Nordosten, ereignete sich gestern in den Nachtstunden ein größerer Wohnungsbrand. Die Wohnungen des zweiten und dritten Stockwerks wurden schwer heimgesucht. Die Feuerwehr gebot großen Alarm und arbeitete mit drei Rohren. Gegen Mitternacht war das Feuer gelöscht.

Reiche Beute im Werte von 15 000 M. machte eine Einbrecherkolonne, die in der Nacht zum Dienstag in die Räume einer Konfektionsfirma in der Berliner Str. in Neukölln eindrang; sie packte 150 Anzüge, 150 Ulster und 400 Meter Herrenstoffe zusammen und entkamen damit unerkannt.

Waffenlager in der Panke. Aus der Panke wurde gestern ein kleines Waffenlager herausgefischt. Unweit des Bürgerparks sahen Passanten im flachen Wasser mehrere große Pistolen liegen. Die benachrichtigte Polizei suchte daraufhin den Lauf des Flüßchens ab. Dabei wurden vier Parabellumpistolen, drei Mauserpistolen, zwei Dolche, ein Schlagring und über zweihundert Schuß Munition gefunden.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonne veranstaltet am Donnerstag, dem 17. März, 11.30 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25, Saal 1, einen Werbeabend für Mitglieder und eingeführte Gäste, an dem der Genosse Friedeberger über das Thema: „Schluß mit § 218! — Beginn einer vernünftigen Bevölkerungspolitik" sprechen wird.

Abschrift.

147 B 4/30. Beglaubigte Abschrift

Privatklagesache

des Reichsministers a. D. Gustav Bauer, Berlin W, Regensburger Str 5a, Privatkläger,

gegen den Redakteur Hans Gathmann, Berlin SW 48, Wilhelmstr 20, geboren am 8. März 1895 zu Charlottenburg, Angeklagten,

wegen Beleidigung

Das Amtsgericht Berlin-Mitte, Abteilung 147 in Berlin, hat in der Sitzung vom 20. März 1930 für Recht erkannt

Der Angeklagte wird wegen Beleidigung durch Verbreitung in der Presse zu einer Geldstrafe von 600 — sechshundert — Reichsmark, im Nichtbeitreibungsfalle zu einem Monat Gefängnis und in die Kosten des Verfahrens verurteilt.

Der Privatkläger kann den erkennenden Teil des Urteils auf Kosten des Angeklagten innerhalb 2 Wochen nach Rechtskraft in folgenden Zeitungen veröffentlichen.

1. „Welt am Abend"
2. „Welt am Morgen"
3. „Vorwärts"

Auf die Berufung des Angeklagten gegen vorstehendes Urteil hat die 8. kleine Strafkammer des Landgerichts I in Berlin am 19 September 1931 für Recht erkannt:

Die Berufung des Angeklagten wird mit der Maßgabe verworfen, daß der Angeklagte zu einer Geldstrafe von 300 — dreihundert — Reichsmark, für den Fall der Uneinbringlichkeit zu einem Monat Gefängnis, verurteilt wird.

Die Kosten des Rechtsmittels werden dem Angeklagten auferlegt.

Die Veröffentlichungsbefugnis steht dem Privatkläger zwei Wochen nach Zustellung des verfügenden Teils des rechtskräftigen Urteils zu.

Die Veröffentlichung in der „Welt am Morgen" hat zu unterbleiben.

Die vorstehende Abschrift der Urteilsformel wird beglaubigt. Das Urteil ist rechtskräftig.

Berlin NW 40, den 5 März 1932.
Alt-Moabit 11

(L. S.) Unleserliche Unterschrift Justizangestellter als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle des Amtsgerichts Berlin-Mitte. Abt 147.

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 10 Pf., Fettgedrucktes Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte) (Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen für 2 Worte)	Annahme durch den Verlag Lindenstr. 3 (1/2 9— Uhr) sämtl. „Vorwärts"-Filialen u. -Ausgabestellen, sowie alle Annoncen-Expeditionen

Verkäufe

Oefen. Allerbilligst jeder Art. Teilzahlung transportable Kachelöfen, Badewannen, Kesselöfen, Kochherde, Reparaturen. Die alte Firma Gemmler u. Bleyberg, Dresdenerstraße 96.

Linoleum Geißler, Kolonnestraße 9.

Kleidungsstücke, Wäsche usw.

Hosen für Zimmerer und Maurer. Wilhelm Pahr, Brunnenstraße 78.

Leihhaus Rowicki verkauft zu unglaublich billigen Preisen wenig getragene sowie neue Herrengarderobe, Herren- u. Damenpelze. Weitester Weg lohnt. Keine Lombardware. Prinzenstraße 103, eine Treppe.

Möbel

Patentmatratzen „Primissima" Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues Walter, Stargarderstraße achtzehn. Keinladen.

Herrenzimmer 280,—, 450,—. Kamerling, Kastanienallee 56, Ecke Fehrbellinerstraße.

Küchen in allen Farben, komplett, fachsteilig, linoleumbelegt 65,— an. Eigene Lackiererei und Fertigstellung. Stalitzerstraße 43 (Görlitzer Bahnhof).

Kombinationsschränke, Schreibsekretäre, Kommoden, neueste Form, billigste Preise. Moritz Hirschowitz, Stalitzer Str. 25

Musikinstrumente

Linkpianos. Mietpianos überaus preiswert Pianofabrik Link Brunnenstraße 35

Mietpianos Kaufanrechnung. Bahrt, Schöneberg, Hauptstr. 1 Filiale: Turmstraße 74.

Pianos. Gelegenheitskäufe 175.— 275.— gebrauchte, neue große Auswahl. Teilzahlung. Thür, Münzstraße 30.

Radio

Austausch Bargeldlos. Radioapparate, Gleichstrom, Wechselstrom, Musikinstrumente, Photoapparate, Gelegenheitskäufe. Nerlichs Radiomusikhaus jetzt Landsbergerstr. 22, Nähe Alexanderplatz, Alexander 5073.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Quecksilber, Zinnmetalle, Silberschmelze Goldschmelzerei. Christionat, Köpenickerstraße 20. Haltestelle Adalbertstraße

Nähmaschinen, auch fehlerhafte, kauft Schmitt, Angermünder Str. 5, Hof.

Unterricht

Abiturium, Einjährigen Direktor Dr. Fackelmanns Anstalt. Hohenzollerndamm 198.

Rösners kaufmännische Privatschule Diplomhandelslehrer Ernst Rösner, Neue Promenade 3. Börsebahnhof. Weidendamm 9240. Geschlossene Jahres- und Halbjahreslehrgänge, höhere Lehrgänge, anerkannt als Ersatz für Berufsschule gemäß Erlaß 20. April 1931. — Vierteljahreskurse. Erwerbslosen Schulgeld-Ermäßigung. Anmeldung jederzeit. Freiprospekt.

Verschiedenes

Reparaturschneiderei, Aufbügeln. Schmidt, Reinickendorf, Kamekestr. 15.

Lieder zur Laute! Rezitationen Margarete Walker, Berlin Steglitz, Fichtestr. 10 Telephon: Steglitz 1934.

Vermietungen

Wohnungen

Neubauwohnung. 2 Zimmer, Bad, Balkon, 54,— sofort 1 April. Friedrichsfelde, Delbrückstraße 17.

Freie Sozialistische Hochschule. Sonnabend, den 19. März, 19½ Uhr, im Plenarsaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, Vortrag des Genossen Hermann Wendel-Frankfurt a. Main über: „Goethe und die Gegenwart." Karten zum Preise von 50 Pf. sind an folgenden Stellen zu haben: Büro des Bezirksbildungsausschusses; Arbeiterjugend Groß-Berlin; Frauenbüro der SPD.; Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt; sämtlich Lindenstr. 3, 2. Hof links 2 Tr.; ferner: Buchhandlung J. H. W. Dietz, Lindenstr. 2; Zigarrengeschäft Horsch, Engelufer 24/25, Gewerkschaftshaus; ZdA., Hedemannstr. 12; Verlag des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker, Dreibundstr. 5; Deutscher Holzarbeiter-Verband, Rungestr. 30; Verlagsgesellschaft des ADGB., Abt. Sortiment, Inselstr. 6a; Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Geschäftsstelle des Touristenvereins „Die Naturfreunde", Johannisstr. 15. Karten für Erwerbslose und Studierende zu ermäßigten Preisen an der Abendkasse.

Sprechchor für Proletarische Feierstunden. Die Uebungsstunde findet in dieser Woche am Freitag statt.

Wetteraussichten für Berlin: Heiter, nachts leichter Frost, Tagestemperaturen rasch ansteigend, schwache Luftbewegung. — **Für Deutschland:** Im Nordosten Beruhigung, im übrigen Reiche beständiges Wetter mit Nachtfrösten.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokr. Lehrer und Lehrerinnen, Bezirksgruppe Berlin.

Die Generalversammlung findet heute, Mittwoch, den 16. März, 19 Uhr statt (nicht Donnerstag, wie irrtümlich in den schriftlichen Einladungen angegeben). Aula Frommelstr. 2, hinter der Garnisonkirche, nahe Bahnhof Börse. Ausweis: Parteimitgliedsbuch.

4. Kreis. Sitzung des engeren Kreisvorstandes mit den Abteilungsleitern erst Freitag, den 18. März, 20 Uhr.
5. Kreis. Kranzniederlegung für die Märzgefallenen, Freitag, den 18. März, 10 Uhr, von Schmitts Gesellschaftshaus, Fruchtstr. 36a, aus.
6. Kreis. Heute, Mittwoch, pünktlich 19 Uhr, Kreisvorstand und Abteilungsleiter im kleinen Zimmer bei Raabe.
7. Kreis. Donnerstag, den 17. März, 19.30 Uhr, im „Türkischen Zelt", Berliner Str. 53, Kreisvertreterversammlung. Mitgliedsbücher und Mandate sind als Ausweis vorzuzeigen.
10. Kreis. Der Kursus des Genossen Mönchen über das Kommunistische Manifest und die Gegenwart fällt heute (Mittwoch) aus. Fortsetzung Freitag, den 18. März, in der Zinnow-Waldschule.
12. Kreis. Donnerstag, den 17. März, pünktlich 20 Uhr, Uebungsstunde des Sprechchors Steglitz im Jugendheim Steglitz, Albrechtstr. 47a, am Stadtpark. Es ergeht der dringende Appell an alle Parteigenossen und -genossinnen, sich noch zu beteiligen.
14. Kreis. Gastkarten für die Jugendweihe am 20. März, in der „Neuen Welt" sind in den „Vorwärts"-Speditionen und im Parteibüro Fuldastr. 55 zu haben.
18. Kreis. Zusammenkunft erwerbsloser Parteimitglieder, Donnerstag, den 17. März, 15 Uhr, im Weißenseer Lyzeum, Eingang Parkstraße. Referent: Stadtrat Reimann.
15. Kreis. Wegen der Jugendversammlung beginnt die heutige Kreisdelegiertenversammlung bereits um 18.30 Uhr.
9. Abt. Heute, bei Rufenbach, Perleberger Str. 64, Zusammenkunft der jüngeren Parteimitglieder. Referent: August Riemann. „Alte und neue Zeit."
29. Abt. Donnerstag, den 17. März, 20 Uhr, bei Stengel, Schwedenstr. 13, Aussprechabend der jüngeren Parteimitglieder. „Arbeitsbeschaffungsprogramm."
35. Abt. Mittwoch, den 16. März, 19.30 Uhr, beteiligen sich die jüngeren Parteimitglieder am politischen Kabarett in der Aula Badstraße.
44. Abt. Heute, 20 Uhr, Zusammenkunft der jüngeren Parteimitglieder bei Ewald, Skaliker Str. 126.
45. Abt. Achtung, anderes Lokal! Die Zusammenkunft der jüngeren Parteimitglieder am 17. März findet nicht bei Zander, sondern bei Thielert, Wrangel Straße, statt.
51. Abt. Heute, 20 Uhr, Vorstandssitzung mit den Kreisvertretern bei Jamin, Sophie-Charlotte-Str. 88.
85. Abt. Heute, Mittwoch, den 16. März, 20 Uhr, Sitzung des engeren Vorstandes in der Wohnung des Abteilungsleiters. — Donnerstag, den 17. März, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im „Birkenwäldchen", Manteuffelstr. 11/12. „Wie steht der Kampf um die Macht?" Referent: Dr. Lohmann.
92. Abt. Der Abend der jüngeren Parteimitglieder am 16. März fällt aus. Dafür findet am 19. März, 20 Uhr, im Ideal-Kasino, Weichselstraße, ein geselliges Beisammensein statt.
99a. Abt. Heute, Mittwoch, den 16. März, in der Hannemannstr. 40 (Keller), Zusammenkunft der jüngeren Parteimitglieder.
118. Abt. Die nächste Zusammenkunft der jüngeren Parteimitglieder findet nicht am 17., sondern erst am 24. März, an bekannter Stelle statt.
125. Abt. Die Mitglieder werden um rege Beteiligung an der heutigen Jugendkundgebung im Gesellschaftshaus, Berliner Str. 102, gebeten.

Frauenveranstaltungen.

10. Abt. Heute, Mittwoch, den 16. März, 19.30 Uhr, bei Stein, Holsteiner Ufer 14. „Unsere Vorkämpferinnen." Referentin: Lenes Fahrenwald.
79. Abt. Heute, Mittwoch, den 16. März, 19.30 Uhr, bei Reimann, Sedanstraße 17. „Kampfjahr 1932." Referent: Ernst Neumann.
141. Abt. Heute, Mittwoch, den 16. März, 20 Uhr, bei Hoffmann, Edelweißstr. 5. „Aufgaben der Partei nach der Reichspräsidentenwahl." Referent: Heinz Löwi.

Arbeiterbildungsschule.

1. Kreis. Mitte. Der Kursus Bernstein, „Demokratie im Sturm", beginnt erst Donnerstag, den 17. März, in der Sophien-Schule, Weinmeisterstr. 4/5, um 20 Uhr. Im Kursus werden die kommenden Wahlkämpfe besondere Berücksichtigung finden.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Schöneberg: Abt. Hermann Müller: Elternversammlung am Donnerstag, den 17. März, 20 Uhr, Hohenzollern-Schule, Eisenacher Ecke Belziger Straße.
Neukölln: Heute, Kreiselternversammlung, um 20 Uhr, in der Schule Donaustraße 126. Referat: Aktivierung unserer Elternbewegung. Wir erwarten alle Eltern. Die Helfer bitten wir, Instrumente mitzubringen.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

11. Kreis. Am Sonnabend verstarb unser alter Kämpfer und Parteiveteran Ernst Obst. Einäscherung am Mittwoch, dem 16. März, 19 Uhr, Krematorium Wilmersdorf. Alle Genossinnen und Genossen beteiligen sich. Parteibanner sind mitzubringen.

80. Abt. Am 12. März verstarb unser Parteiveteran **Ernst Obst**, Cranachstraße, der sich trotz seines Alters noch bis in die letzte Zeit an unseren Parteiveranstaltungen beteiligt hat. Einäscherung, Mittwoch, den 16. März, 19 Uhr, Krematorium Wilmersdorf. Alle Genossen und Genossinnen beteiligen sich.
92. Abt. Unsere Genossin Elisabeth Rose, Wildenbruchstr. 70, ist am 12. März verstorben. Ehre ihrem Andenken! Die Beerdigung findet Freitag, den 18. März, 14 Uhr, auf dem Städtischen Friedhof in Baumschulenweg, Kiefholzstraße statt.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, vorn 1 Treppe rechts.

Heute, Mittwoch, 16. März, 19½ Uhr:

Gesundbrunnen N. F.: Gotenburger Str. 2. Programme der Arbeiterbewegung. **Andreasplatz I:** Brommystr. 1. Reichstagssitzung. **Andreasplatz N. F.:** Brommystr. 1. Das Programm der NSDAP. **Frankfurter Viertel:** Frankfurter Allee 207. Warum bin ich in der SAJ.? **Petersburger Viertel:** Ebertystr. 12. Lustiges von Heinr. Reif. **Warschauer Viertel:** Litauer Str. 18. Tagespolitik. **Warschauer Viertel N. F.:** Litauer Str. 18. Bunter Abend. **Kottbusser Tor:** Urbanstr. 167. Arbeitskreis bei Ewald, Skaliter Str. 126. **Spandau:** Lindenufer 1. Funktionärsitzung. **Lichtenrade:** Roonstraße. Sexuelle Fragen. **Adlershof:** Bismarckstr. 1. Kameradschaft — Freundschaft — Liebe. **Bohnsdorf:** Wachtelstraße 1. Kapp-Putsch. **Falkenberg:** Mitgliederversammlung. **Friedrichshagen:** Friedrichstr. 87. Wir lernen neue Lieder. **Lichtenberg Mitte:** Treffpunkt zur Mitgliederversammlung. 19.30 Uhr. Dossestraße. **Reinickendorf-West:** Außenspielplatz Tegel. Mitgliederversammlung. **Pankow III N. F.:** Kissingenstr. 48. Abrüstung.
Werbebezirk Lichtenberg: Guntenstr. 44. Vortrag: „Die politische Lage." Referent: Genosse Dr. Tietgens.
Werbebezirk Schöneberg: Hauptstr. 15, um 20 Uhr, Funktionärkonferenz.
Werbebezirk Neukölln: Vorstandssitzung, Ganghoferstraße.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2 Tr.
Für die Kreisführer und alle Ortsvereinsführer und die Stellvertreter des Jungbanners Berlin! Der Schulungskursus im Gaubüro fällt heute aus! Nächste Zusammenkunft Mittwoch, den 23. März. — **Kreis Westen:** Der Schulungskursus am Donnerstag, dem 17. März, im Gaubüro, findet statt. — **Friedrichshain** (Ortsverein): Donnerstag, den 17. März. Die Turnabende finden jetzt wieder regelmäßig in bekannter Halle statt.

Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur. Dr. Hans Hartmann wird am Montag, dem 21. März, 20 Uhr, im Logenheim, Georgenstr. 46a (am Kupfergraben), über „Faschismus und Nationalsozialismus" sprechen.

Longfellow English Debating Club, Bülowstr. 104. Heute abend 8¼ Uhr: Goethe-Feier.

Die Ausstellung „Deutsches Holz im deutschen Heim" im Gleiser-Haus am Alexanderplatz ist nur noch bis Sonnabend, den 19. März, geöffnet. Es bietet sich also noch 3 Tage Gelegenheit, die aus deutschen Materialien gefertigten Zimmer zu sehen und die außergewöhnlich interessante Ausstellung, durch deren Räume Tannenduft strömt und Musik klingt, zu besuchen. Die Besichtigung der nur noch bis Sonnabend währenden Veranstaltung ist kostenlos und unverbindlich.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater
Mittwoch, den 16. März
Staatsoper Unter den Linden
19½ Uhr. — Uraufführung
Andromache
Staatl. Schauspielhaus Gendarmenmarkt. 20 Uhr. Cyrano von Bergerac
Schiller-Theater Charlottenburg. 20 Uhr. Die endlose Straße

Winter Garten
8.15 Uhr Flora 3434 Rauchen erlaubt
Dias de Valesco, Wallenda-Truppe. Hakon von Eichwald m. seinen 12 Solisten und weitere Star-Nummern

8¼ Uhr CASINO-THEATER 8¼ Uhr
Lothringer Straße 37.
Operette, Varieté, Posse! u. a. 2 Loros Musikal-Akt
Die Operette: Gestrandet
Der Berlin. Komiker Herm. Krause
Zum Schluß der neue Schlager
Der Mann mit den zwei Frauen
Gutschein 1—4 Personen: Parkett 50 Pf. Fauteuil 1.— Mark, Sessel 1.30 Mark.

Kleines Th.
Nur noch 13 Tage
Tägl. 8¼ Uhr
Die Mausefalle
Preise 75 Pf. — 5 M.
Sonntag nachmittags 4 Uhr halbe Preise.

Th. im Admiralspalast
Täglich 8¼ Uhr
Der neue große Erfolg!
Käthe Dorsch
Gustaf Gründgens
in:
Liselott'
Singspiel v. Eduard Künneke

SCALA
Tägl. 5 u. 8¼ Uhr
VERA SCHWARZ u. weitere Attraktionen

Metropol-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Der große Joh. Strauß Operetten-Erfolg
Ein Lied der Liebe

Städt. Oper
Charlottenburg
Bismarckstraße 34
Mittwoch, 16. März
Turnus II
Anfang 19.30 Uhr
Die Bürgschaft
Reinmar, Rode, Müller, Gombert, Gonszar, Kandl.
Ende 23 Uhr

Deutsches Theater
8 Uhr
Vor Sonnenuntergang
v. Gerh. Hauptmann
Regie: Max Reinhardt.

Theater a. Nollendorfplatz
Pallas 7051
Täglich 8¼ Uhr
Traum einer Nacht
Operette in 3 Akten v. Lud. Wolff u. Karl Behr
Musik von Hans May
Regie: Heinz Saltenburg

Briefpapier bei JUERGENS
Alexanderplatz
Neue Königstr. 43

PLAZA
Nähe Schlesischer Bahnhof, E 7 4031
Tägl. 5 u. 8¼ U. Sonnt. 2, 5, 8¼ U.
Heute Première!
Rotter-Inszenierung:
„Wie einst im Mai"
Berl. Posse m. Gesang u. Tanz
1. Vorstellg. 30 Pf. bis 1.- M
II. u. III. Vorstg. 60 Pf. bis 2.- M

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8¼ Uhr
Androklus und der Löwe
Komödie von Bernh. Shaw
mit Felix Bressart und Otto Wallburg
Regie: K. H. Martin

Lessing-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Morgen gehts uns gut!
Grete Mosheim
Max Hansen
Orchester Dajos Bela

Metall-Bettstellen
Auch bis zu 12 Monatsraten
Raddatz
Leipziger Str. 122-123

Staatl. Schiller-Theater
8 Uhr
Die endlose Straße

Rose-Theater
Große Frankfurter Straße 132
Tel. Weidend. E 7 3422
6 und 9 Uhr
Jettchen Gebert

GR. SCHAUSPIELHAUS Tägl. 8 U.
Nur noch 3 Wochen
Hoffmanns Erzählungen
REINHARDT-INSZENIERUNG
Sonntag nachm. 3 Uhr billige Preise der Plätze

Berliner Theater
Charlottenstr. 90-9
Tel. Dönhoff 625
Uraufführung:
Freitag, 18. März
8¼ Uhr
Kamarilla
von F. E. Bettauer und G. Lichey
Vorverkauf ununterbrochen

Theater in der Stresemannstr.
Täglich 8¼ Uhr
Leopoldine Konstantin
Theodor Loos
in
In jeder Ehe...

Theater des Westens
Täglich 8¼ Uhr
Die Dubarry
in der Rotter-Inszenierung
mit
Mary Losseff

HAUS VATERLAND
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Persil
Henkel
ATA
IMI
Der Frühling kommt,
macht alles rein,
lasst diese drei die Helfer sein!
P 2/32 b
Persil • IMI • ATA
Zum Einweichen der Wäsche, zum Weichmachen des Wassers: Henko, Henkel's Wasch- und Bleich-Soda.

Planmäßige Arbeitsbeschaffung.

Eine Denkschrift des Reichswirtschaftsrats für die Reichsregierung.

Der Reichswirtschaftsrat hat in einer Reihe von Sitzungen seine Untersuchungen über das Arbeitsbeschaffungsprogramm durchgeführt. Es handelt sich hier um die u. a. von den Gewerkschaften geforderten Bestrebungen, der Wirtschaft planmäßig neue Anregungen zu geben. Wie bei jedem Arbeitsbeschaffungsprogramm zeigt sich auch bei dem des Reichswirtschaftsrats, daß es an Arbeit in Deutschland nicht fehlt. Sie ist in Hülle und Fülle da. Die Verwirklichung hapert aber in der Bereitstellung und der Beschaffung der finanziellen Mittel.

Reich und Länder stecken in einer verzweifelten Finanzlage. Sie können keine öffentlichen Mittel zur Verfügung stellen. Auch der Gedanke, Privatbanken zu einer Vorfinanzierung heranzuziehen, hat sich nicht als ausreichend erwiesen. Im Laufe der Untersuchungen des Reichswirtschaftsrats hat sich jedoch die Idee herausgebildet, besondere Finanzierungsinstitute zu errichten. Sie hätten „einmal die Ertragfähigkeit der Projekte zu prüfen und des anderen die nötigen Geldmittel durch Schaffung diskontfähiger Papiere zu besorgen. Als Käufer solcher Papiere würden natürlich auch die privaten Banken in Frage kommen. Diese können sich bei der Reichsbank jederzeit die für die Barzahlung nötigen Noten beschaffen. Der Bargeldbedarf als solcher würde dann nur einen Bruchteil der auszugebenden Beträge ausmachen".

Daß der Reichswirtschaftsrat nicht an eine uferlose Kreditpolitik denkt, die zu einer Schädigung der Währung führen könnte, geht aus der eindeutigen Bemerkung in der Denkschrift des Reichswirtschaftsrats hervor, die darauf verweist, „daß die Reichsbank einer Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsprojekten auf dem gekennzeichneten Wege nur in sehr eingeschränktem Umfange zustimmen könnte". Immerhin bleibt Spielraum, einen erheblichen Teil der Projekte zu verwirklichen.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichswirtschaftsrats könnte den Arbeitsmarkt fühlbar entlasten. Der Reichswirtschaftsrat gibt über den Umfang der ihm vorliegenden Projekte folgende Zusammenstellung:

	Kredite (in Million M.)	Arbeitskräfte
Reichsbahn	100	30 000
Reichspost (für 1932)	50	15 000
Straßennetz zwischen	200—710	77 000—300 000
Hochwasserschutz bis	230	105 000
Landwirtschaftl. Meliorationen	200	120 000
Milchwirtschaft (für 1932) . .	50	10 000
Hausreparaturen	300—500	135 000—225 000

Soweit die Reichsbahn in Frage kommt, die ja bereits mit Hilfe der 230-Millionen-Anleihe ein besonderes Arbeitsbeschaffungsprogramm durchführt, hat sich diese bereit erklärt, über das laufende Programm hinaus für 1932 Arbeiten im Gesamtaufwand von 100 Millionen Mark in Gang zu setzen, wenn Verzinsung und Amortisation der dafür zur Verfügung gestellten Mittel so günstig gestaltet werden, daß die Liquidität des Unternehmens nicht gefährdet wird. Die Reichspost ist bereit, über ihre bisherigen Dispositionen hinaus Arbeiten mit einem Gesamtaufwand von je 50 Millionen Mark für 1932 und 1933 in Gang zu bringen, unter ähnlichen Voraussetzungen wie bei der Reichsbank. Hinsichtlich des Straßennetzes haben dem Reichswirtschaftsrat Projekte vorgelegen, die zwischen 200 und 710 Millionen Mark schwanken. Für die Hochwasserschutzprojekte in Preußen allein ergibt sich die Notwendigkeit, einen Betrag von 100 Millionen Mark zu beschaffen. Zur Erhaltung der Reichswasserstraßen sind vordringliche Arbeiten im Gesamtwert von etwa 50 Millionen Mark erforderlich. Auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Meliorationen liegen baureife Projekte für das gesamte Reichsgebiet im Umfange von 250 bis 300 Millionen Mark vor. Die Verbesserung der Milchverarbeitung erfordert nach den Projekten des Reichswirtschaftsrats rund 100 Millionen Mark.

Bei der Melioration wird vor allem auf schärfste Nachprüfung der Projekte hingewiesen, um die Rentabilität sicherzustellen, weiter auf die Notwendigkeit einer Zinsverbilligung in der Form einer öffentlichen Beteiligung.

Außerdem denkt man an eine Verbilligung durch „Inanspruchnahme des freiwilligen Arbeitsdienstes in geeigneten Fällen". Dazu wird bemerkt, „daß man besonders Wert auf eine reibungslose Zusammenarbeit junger Menschen verschiedener politischer Richtung legt. Notwendig für eine beträchtliche Ausweitung des freiwilligen Arbeitsdienstes sei auch eine weitere Fassung des Gesetzes. Der Reichswirtschaftsrat hält die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes für durchaus erwünscht. Voraussetzung sei jedoch eine Beschränkung auf Arbeiten, die sich für Jugendliche besonders eignen und für die ohnehin Familienväter, deren Wiedereinstellung in den Prozeß besonders erwünscht erscheint, nicht in Frage kommt".

Immer wieder wird in den Untersuchungen des Reichswirtschaftsrats die Notwendigkeit betont, „zusätzliche Arbeiten" zu schaffen und, aus psychologischen und sozialen Gründen, „solche Arbeiter, insbesondere Väter kinderreicher Familien einzustellen, die sehr lange außer Arbeit sind".

Eine besondere Rolle spielen die Hausreparaturen. Hier denkt man an eine Uebertragung der in Bayern verfolgten Methoden auf das ganze Reichsgebiet. In Bayern hat man bei der Beschaffung von Reparaturkrediten bisher die öffentliche Verwaltung weder mit Kosten noch mit Risiken belastet. Beides konnten in vollem Umfange die bankenmäßigen und sonstigen Organisationen der Hausbesitzer auf sich nehmen. Die Kredite in Bayern sind auch im Laufe von ein bis zwei Jahren zurückgeflossen und konnten schnell wieder in Umlauf gesetzt werden. Das Projekt des Reichswirtschaftsrats schätzt die Anwendungen pro Haus auf 2000 Mark, was bei einer Million Althäuser einen Betrag von 2 Milliarden Mark bedingt. Von dieser Summe sind nach Auffassung des Reichswirtschaftsrats infolge der gesunkenen Materialpreise und der gesunkenen Löhne 25 Proz. abzusetzen. Bei den verbleibenden Aufwendungen wäre eine Neueinstellung von 400 000 Arbeitern an Ort und Stelle und von 200 000 bis 300 000 Arbeitern in der Herstellung von nötigen Materialien möglich.

Februarausfuhr gehalten.

Exportüberschuß weiter rückgängig.

Die deutsche Handelsbilanz im Februar steht im Zeichen der allgemeinen Abschließungspolitik in der Welt. Zwar hat sich die Ausfuhr gegenüber dem Januar nicht weiter verschlechtert, aber der in den beiden ersten Monaten des neuen Jahres erreichte Exportniveau ist auf wenig mehr als 60 Prozent der Oktober-Exporte gesunken. Hier zeigt sich der ganze Ernst der Situation, der aus der Hochschutzzollwelle und dem Währungswirrwarr für den deutschen Außenhandel entstanden ist, nachdem vorher bereits die allgemeinen Krisenwirkungen einen anhaltenden Schwund im Gesamtumsatz des deutschen Außenhandels bewirkt hatten. Den Umfang dieses Schrumpfungsprozesses stellt die folgende Tabelle dar. Es betrugen

		Gesamtumsatz	Ausfuhr	Einfuhr
		in Millionen Mark		
Mon. Durchschn.	Jan./Febr. 1930	2202,5	1059	1143,5
„ „	Jan./Febr. 1931	1444	776,5	667,5
„ „	Jan./Febr. 1932	980	539,7	440,3

Die wirtschaftlichen Verheerungen, die von der Krise im Laufe der beiden letzten Jahre angerichtet und durch die neue Aera des Hochschutzzolles noch künstlich gesteigert wurden, kommen in diesen wenigen Zahlen deutlich genug zum Ausdruck. Der Umsatz des deutschen Außenhandels ist (Einfuhr und Ausfuhr) im Durchschnitt der beiden ersten Monate 1932 im Vergleich mit Januar-Februar 1930 auf nur noch 44 Proz., die Einfuhr sogar bis auf 39 Proz. und die Ausfuhr auf etwa 50 Proz. des damaligen Standes gesunken. Allerdings spielt hierbei auch der Preisverfall eine wesentliche Rolle.

Im Berichtsmonat Februar wird die Ausfuhr mit 527 gegen 530 Millionen Mark ausgewiesen. Der geringe Rückgang ist ausschließlich durch ein weiteres Sinken der Durchschnittsexportpreise um 1,4 Proz. verursacht. Mengenmäßig ist sogar eine leichte Zunahme der Ausfuhr festzustellen. Eine nur einmalige Steigerung war bei dem Export nach Großbritannien festzustellen, wo vor dem Inkrafttreten der neuen Zölle am 1. März noch stärkere Deckungskäufe erfolgt waren. Einschließlich der Reparations-Sachlieferungen erreicht die Ausfuhr 538 gegen 542 Millionen Mark im Monat Januar.

Warengruppen:	Ausfuhr ohne Reparations-Sachlieferungen Februar	Ausfuhr Reparations-Sachlieferungen Februar	Einfuhr Februar
	(alles in Millionen Mark)		
1. Lebende Tiere	2,1	—	2,4
2. Lebensmittel u. Getränke	15,6	0,0	132,9
3. Rohstoffe u. halbf. Waren	91,6	5,1	220,9
4. Fertige Waren	417,5	5,9	75,6
Zusammen 1—4 . .	526,8	11,0	440,8
5. Gold und Silber . . .	30,8	—	17,8

Die Einfuhr hat sich im Vergleich mit den tatsächlichen Januarimporten — 425 Millionen Mark nach Ausgleich der Lagerabrechnungen — um 16 Millionen erhöht. Da die Preise weiter abgebröckelt sind, dürfte die Steigerung der Mengenausfuhr noch erheblich darüber hinausgehen. Vorwiegend sind an dieser Zunahme Rohstoffe beteiligt, was der Einfuhrsteigerung einen rein saisonmäßigen Charakter verleiht. — Bei den Einzelposten der Ausfuhr ist eine Erhöhung der Fertigwaren-Ausfuhr zu verzeichnen. Welche ausschlaggebende Bedeutung dieser eine Exportposten für die deutsche Handelsbilanz besitzt, beweist die Tatsache, daß im Januar/Februar der Anteil der Fertigwarenausfuhr am deutschen Gesamtexport rund 80 Proz. betrug gegen 76,9 Proz. bzw. 75 Proz. bzw. nur 72 Proz. in den drei vorhergehenden Jahren. Jede Wirtschaftspolitik, die den Export von Fertigwaren erschwert, versündigt sich damit gegen die deutsche Ausfuhr überhaupt.

Die Handelsbilanz schließt im Monat Februar mit einem Ausfuhrüberschuß von 86 gegen 105 Millionen Mark im Januar ohne Einrechnung der Reparations-Sachlieferungen.

Schluß mit dem Oberhüttenskandal

Wie lange soll Oberschlesien noch genasführt werden?

Seit mehr als drei Monaten wird über die Sanierung der oberschlesischen Montanindustrie verhandelt. Trotz höchster Opferbereitschaft der öffentlichen Hand ist aber die Bereinigung des Oberhüttenkonzerns immer noch nicht vollzogen, das Schicksal von 15 000 Arbeitern und Angestellten immer noch ungewiß. Die Verantwortung hierfür trägt allein die Leitung des Ballestrem-Konzerns, die aus der Sanierung des verkrachten Werkes, die in erster Linie aus Staatsmitteln erfolgt, noch obendrein große private Vorteile auf Kosten der Staatskasse herausschlagen will und mit allen erdenklichen Methoden den fertigen Sanierungsplan sabotiert.

Dieser Skandal Oberhütten ist nicht nur von eminenter lokaler Bedeutung; die Vorgänge anläßlich der Oberhüttensanierung haben auch

größte grundsätzliche Wirtschafts- und staatspolitische Bedeutung.

Die Entwicklung bei Oberhütten zeigte zunächst, daß öffentliche Subventionen ohne ausreichende Kontrollrechte, Mitbeteiligung und Mitverwaltung nutzlos vertan sind und unter keinen Umständen weiter verantwortet werden können. Ein Unternehmen, das nur durch riesige öffentliche Kredite und Subventionen über Wasser gehalten wurde, will sich zwar gnädigst durch neue Staatsopfer sanieren lassen, aber nur unter der Bedingung, daß die Aktionäre vom Staat schadlos gehalten werden und die alte Machtgruppe ihre Machtstellung weiter behält. Wenn die öffentlichen Stellen in diesem Falle noch weitere Konzessionen machen würden, dann gibt es überhaupt keine Grenze mehr für die Abwälzung privater Verluste auf den Staat.

Noch immer gehen die Versuche dahin, den ganz klar liegenden Sachverhalt zu verdunkeln.

Oberhütten soll angeblich viel schlechter als die Ruhrunternehmungen behandelt worden sein und bisher überhaupt keine Zuwendungen erhalten haben. Das ist völlig unrichtig. Allein die Zinsgeschenke dürften mindestens 18 Millionen Mark betragen. Unrichtig ist desgleichen, daß der vorliegende Sanierungsplan andere Interessen des Ballestrem-Konzerns in Gefahr bringe. Die Aktionäre würden entrechtet und beraubt, so lautet ein weiterer Einwand. Nehmen wir einmal an, daß an Stelle der Preußischen Staatsbank als Treuhänderin für Reich und Preußen eine private Großbank stünde. Diese hätte längst auf Grund ihres Pfandrechts zugegriffen und das Werk beschlagnahmt. Die Aktionäre wären bei der hoffnungslosen Ueberschuldung des Unternehmens mit Recht völlig leer ausgegangen, die Rückbürgschaft der Muttergesellschaft in Höhe von 8 bis 9 Millionen wäre in Anspruch genommen worden, alle anderen Gläubiger wären ausgefallen. So hätte eine „privatkapitalistische Sanierung" ausgesehen.

Der „Staatskapitalismus" in Oberschlesien sieht nun folgendermaßen aus:

Reich und Staat buchen von einer absolut sicheren Forderung 18 Millionen Mark freiwillig ab, um das Werk zu entschulden; die privaten Aktionäre, die bei einer Sanierung nach üblichen kapitalistischen Grundsätzen völlig leer ausgehen müßten, sollen 4 Millionen Aktienbeteiligung aus dem Zusammenbruch retten, erhalten also ohne Fug und Recht 4 Millionen Mark geschenkt. Die privaten Gläubiger brauchen keine nennenswerten Abstriche vorzunehmen, und die Banken werden somit in den Stand gesetzt, dem bisherigen Großaktionär die kapitalmäßige Majorität auch weiterhin zu sichern, der obendrein noch als besonderen Vorteil für seine privaten Gruben das wertvolle Kohlenlieferrecht für die Hüttenwerke erhält. Und diese bereits weitgehende Sozialisierung der Privatverluste wird als „Sozialisierung der oberschlesischen Hütten auf dem Rücken der Privatwirtschaft" bezeichnet (!) und von dem Ballestrem-Konzern sabotiert.

Man läßt alle Register zur Beeinflussung der Oeffentlichkeit und der Reichsstellen spielen, um noch größere Geschenke herauszuschlagen und den öffentlichen Einfluß auf das Werk auszuschalten.

Als neuer Anwalt für die entrechtete Privatwirtschaft tritt jetzt Herr Dr. Regendanz auf den Plan. Sein Arbeitsgebiet war in den letzten Jahren sehr mannigfaltig; er hat bisher den ganz Prominenten der Großfinanz (der Gruppe Kreuger und später dem Bankhaus Rothschild) mehr oder weniger erfolgreiche Dienste geleistet, sich aber nunmehr auch auf dieses neue Arbeitsgebiet geworfen.

Es ist ein unverantwortliches Spiel, das hier seit Monaten getrieben wird. Die Belegschaft der Werke ist mit Recht über diese dauernde Verschleppung, die zugleich eine Verschlechterung der Lage des Werks bedeutet, beunruhigt und über den Sabotagefeldzug aufs stärkste entrüstet.

Reich und Preußen müssen nun endlich von sich aus, nicht nur im Interesse Oberschlesiens, sondern auch im Interesse der Würde und der Autorität des Staates, Fraktur reden.

Man hat bereits viel zu große Opfer gebracht und Geschenke verteilt. Von dem jetzt vorliegenden Sanierungsplan darf unter keinen Umständen kapitalmäßig wie einflußmäßig noch weiter zurückgewichen werden; er stellt das Höchstmaß der überhaupt zu verantwortenden öffentlichen Verzichtleistungen dar. Wenn die Ballestrem-Gruppe weiter Obstruktion übt, dann muß eben die Sanierung und Bereinigung sich auf dem üblichen Wege durch Pfandzugriff vollziehen, dem Weg, den man bisher vermeiden wollte. Die volle Verantwortung hierfür und für etwaige Erschütterungen würde — das muß vor der Oeffentlichkeit mit aller Deutlichkeit klargestellt werden — die Leitung des Ballestrem-Konzerns treffen.

Umkämpfte Sparkassenzinsen.

In dem Konflikt, der zwischen den Banken und Sparkassen in der Zinsfrage entstanden ist, hat der Bankenkommissar Dr. Ernst gestern die erwartete Entscheidung nicht gefällt. Er will vielmehr die Rückkehr des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther abwarten, bevor er den neuen Sparkassenzins festsetzt.

Der Zentrale Kreditausschuß hat sich dagegen wegen der Herabsetzung der Zinsen für täglich fällige Gelder geeinigt. Gewisse Schwierigkeiten waren dadurch entstanden, daß auf Grund des Bankenabkommens die Sollzinsen sich nach dem Diskont der Reichsbank richten, während die Grundlage für die Habenzinsen der sogenannte Normalsatz bildet, der vom Reichsbankdiskont unabhängig ist.

Nach Senkung der Sollzinsen um 1 Proz. — der Reichsbankdiskont ist bekanntlich von 7 auf 6 Proz. abgebaut worden — forderten die Banken von der Sparkasse auch eine Herabsetzung des sogenannten Normalsatzes für die Habenzinsen, um eine Verringerung der Zinsspanne zu vermeiden. Hiergegen sträubten sich, wie wir bereits am Sonntag berichtet haben, die Sparkassen mit vollem Recht, indem sie darauf hinwiesen, daß der Zinssatz für die Spareinlagen vom Geldmarkt und auch vom Reichsbankdiskont völlig unabhängig sei. Da in der Frage des Normalzinses keine Verständigung zustande kam, wurden verschiedene Zinsbedingungen vom Normalzins losgelöst, was jedoch nur als eine Behelfsmaßnahme anzusehen ist. Im großen Durchschnitt ergibt sich aus dieser Regelung eine Senkung der Zinsspanne für die Banken um durchschnittlich ½ Proz.

Bert Brennecke:

Der Dichter und die Nachtigall

Im fernen Morgenlande lebte vor vielen hundert Jahren ein König, der so unermeßlich reich war, daß er — wenn er es gewollt hätte — die Straßen seines Königreichs mit Goldstücken pflastern lassen konnte.

Das Schloß dieses Königs lag in einem herrlichen Park, und weil er auch über die Jahreszeiten herrschen wollte, ließ er künstliche Bäume und Sträucher darin aufstellen.

Aber die Vögel mieden den Garten und niemals vernahm der König ihren Gesang.

Es wohnte aber in der Hauptstadt des Königsreiches ein junger Dichter, der war arm wie eine Kirchenmaus.

Selten nur konnte er sich sattessen, und oftmals geschah es, daß er traurig seine Stirn zwischen den Händen vergrub.

Dann klagte er das Schicksal an, weil es ihn ungerecht leiden ließ.

Eines Tages, als die Verzweiflung ihn gänzlich übermannen wollte, hörte er vor dem Fenster seiner engen Dachstube einen so wundersamen Gesang, daß er alles um sich vergaß.

In der Krone des Pfirsichbaumes, der in dem kleinen Gärtchen hinter dem Hause stand, saß eine Nachtigall und sang so herrlich, daß selbst der Wind, der ständig vom Meer herübermehte, den Atem anhielt.

Alsbald löste sich das Leid von der Seele des jungen Dichters, und er mußte bitterlich weinen.

Dann aber, wie von unsichtbarer Hand geführt, ergriff er die Feder, und die Worte formten sich zu einem Gedicht, darin alle Klänge des Lebens, alle Farben des Frühlings und der Duft aller Blumen vereinigt waren.

O Werk eines wahren Dichters! — Wieviel Tränen gehören dazu, um es aus der Tiefe des Herzens zu heben?

Die Nachtigall sang noch immer.

Traumversunken, von der Macht dieses gnadenvollen Geschenks überwältigt, starrte der junge Dichter in die Dämmerung.

Als er das Gedicht am anderen Morgen noch einmal durchlas, fand er es so schön, daß er es nicht übers Herz brachte, sein kostbarstes Gut den Menschen zu verschweigen.

Er nahm die Laute und ging auf die Straße.

Es dauerte nicht lange und der Name des Dichters lief von Mund zu Mund.

Auch der König hörte davon. Er sandte einen Boten aus, daß er vor seinen Thron käme, damit seine Kunst den verdienten Lohn empfinge.

Fortan mußte der Dichter an der Tafel des Königs sitzen und alle Not hatte ein Ende.

Den König wurmte es aber, daß ein so geringer Mann über den Gesang einer Nachtigall gebieten konnte. Er rief seine Minister herbei und gab ihnen den Befehl, den Vogel um jeden Preis lebend einfangen zu lassen.

Von dem jungen Dichter, der jetzt sehr geschwätzig geworden war, wußten sie, daß die Nachtigall ihr Nest in der Krone des Pfirsichbaumes hatte.

Heimlich wurde eine Leimrute darin befestigt, und schon nach wenigen Stunden brachte ein Schnelläufer den gefangenen Vogel.

Er bekam einen goldenen Käfig, der im Park des Königs aufgehängt wurde.

Jeden Morgen saß der König am Fenster und wartete darauf, daß die Nachtigall singen würde.

Unbeweglich, den Kopf ängstlich in die Federn geschmiegt, saß der arme Vogel und rührte sich nicht.

Da geriet der König in Wut und er befahl, daß die Nachtigall geblendet werden sollte.

Wieder brach die Nacht herein.

Drinnen im Schloß saß der junge Dichter und prahlte offenkundig mit seinem Können, das er der Nachtigall abgelauscht hätte. Die Höflinge aber zogen ihn auf und fragten listig, ob er auf den erworbenen Lorbeeren ausruhen wollte?

Da plötzlich erhob sich die Stimme der blinden Nachtigall.

Klagende Trauer zerriß das übermütige Lachen.

Wie Tränen perlten die Töne in die sternklare Nacht. Sehnsucht weinte über abgrundtiefem Leid.

In stummer Ergriffenheit lauschte der König und mit ihm der ganze Hof. Der Dichter aber zerriß wehklagend sein Kleid und stürzte hinaus in die Nacht.

Und sterbend verklang das Lied der Nachtigall.

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

Weil alles aber in der Welt eine Moral haben muß, läßt man seit dieser Zeit, damit sie um so schöner singen, die Nachtigallen blenden — — und die Dichter hungern! — —

Max Hochdorf:

Die Tugend hinter Gittern

(Schluß.)

„Was sollte das arme geistesschwache Mädchen mit dem Geld anfangen?"

„Was sollte sie mit Luft, mit Licht, mit Heizung im Winter, mit Sattessen anfangen? Das dachten Sie doch, Frau Page?"

Frau Margrit Page war den Tränen nah, aber sie gab ihre Sache noch nicht auf, und wieder tastete sie sich mit ihrem Blick an Richter Randolph heran und fragte und legte allen Schmelz in ihre Stimme: „Bin ich verpflichtet, noch weitere Aufklärungen zu geben?"

Richter Randolph erwiderte, und es war, als hauchte er seine Antwort über den Kopf der Zeugin hinweg: „Sie sind nur verpflichtet, die volle Wahrheit zu sagen."

Diesmal donnerte Rechtsanwalt Philipps: „Wir verzichten und ersuchen nur noch, die Mutter von Sarah Turner vortreten zu lassen."

Die alte Frau, die jetzt aussagen sollte, war ganz klein. Ein dicker Mantel, der auch ihre Füße vollkommen verhüllte, wickelte sie ein. Auf dem Mantel waren zwei Reihen von zinnernen, talergroßen Knöpfen sichtbar, und sie war sehr komisch anzusehen, etwa wie eine abgebrochene Säule, die sich durch einen Mechanismus fortbewegte. Nur der kleine Kopf saß auf dem Säulenstumpf, und auf dem Kopfe saß ein teekesselförmiger Hut, dessen Krempe mit einem blaugrünen Vogel geschmückt war. Am Arme trug die alte Frau einen Henkelkorb, der mit einem Tuche bedeckt war. Als sie auf den Zeugenplatz zuschritt, wollte sie sich nicht von ihrem Korbe trennen. „Warum wollen Sie den Korb nicht absetzen?" fragte Richter Randolph. Sie zirpte: „Weil ich auf meine Blumen aufpassen will."

„Sie sind Blumenhändlerin, 74 Jahre alt, verwitwet", las Richter Randolph aus den Akten vor. „Wahrscheinlich", antwortete die alte Frau. „Warum nur wahrscheinlich?" fragte der Richter. Sie entgegnete: „Na, er lebt vielleicht noch. Ich weiß das nicht so genau. Es ist schon 39 Jahre her, damals gerade, als meine Tochter Sarah kommen sollte. Seitdem haben wir nichts mehr von ihm erfahren. Ich glaube — —" „Was glauben Sie?" „Er hat zu viel getrunken. Deshalb sagte ich stets zu Sarah: Ich bin nicht nur deine Mutter, ich muß auch noch dein Vater sein."

Der Richter sehr interessiert: „Das haben Sie ja doch nicht sagen können, denn Sie haben sie ja 20 Jahre lang nicht mehr gesehen." „Ja", seufzte die alte Frau, „aber ich wollte sie doch sehen. Ich ging alle zwei Monate in das Haus der gnädigen Frau, wo ich doch wußte, daß Sarah so glänzend aufgehoben war." Sofort fiel Rechtsanwalt Philipps ein: „Und da bestellte Ihnen Frau Page — — na, muß man Ihnen denn die Worte aus den Zähnen herausreißen?" „Ja, da bestellte mir die gnädige Frau, Ihre Tochter ist ein herzloses Kind, sie will ihre Mutter nicht sehen, obgleich ich ihr von ganzem Herzen zugeredet habe. Die gnädige Frau sprach ja so gütig und sanft zu mir, und sie hat mir sogar viermal, nein sechsmal für zwei Schilling Tulpen abgekauft."

Rechtsanwalt Philipps trommelte auf den Tisch: „Hören Sie, Euer Lordschaft, wie gütig Frau Margrit Page gewesen ist?"

Dekan Griffith und Dr. Macmillan vom St. James-Spital, der Sarah Turner untersucht hatte, wußten nichts anderes auszusagen, als daß Sarah Turner deutlich an ihren Hand- und Fußknöcheln die Spuren von tiefeinschneidenden Fesseln gezeigt hatte und am übrigen Körper noch braune und blaue Flecken. Und Dekan Griffith fügte noch hinzu: „Wäre ich nicht vor 6 Monaten den Gerüchten gegen Frau Page nachgegangen, hätte ich mir nicht vor 6 Monaten gewaltsam Eingang in die Kammer verschafft, die einem dunklen Stall glich und der eine geradezu höllische Pestilenz entströmte, wer weiß, ob Sarah Turner noch am Leben geblieben wäre."

Dann wollte Rechtsanwalt Philipps nur noch wissen, ob Sarah Turner Zeichen von Geistesstörung gezeigt hätte. Dr. Griffith legte dar: „Sie hat sich stets dankbar und gehorsam gezeigt. Sie hat sich auch sehr vernünftig benommen und nur gebeten, daß man ihr eine bessere Dienststelle verschaffen möge, denn sie wollte um jeden Preis ihr Brot selbständig verdienen."

Da geschah etwas sehr Merkwürdiges. Alle im Saale bemerkten es, und sie verwunderten sich. Der Richter Randolph, Seine Lordschaft, sprach kein Wort weiter, doch er verbeugte sich sehr tief vor Sarah Turner. Er tat es auf eine besonders umständliche und galante Weise, indem er sich langsam von seinem geschnitzten Prachtstuhl mit den geschweiften Armlehnen und der mächtig hohen, mit rotem Samt überspannten Rückenlehne erhob und mindestens dreimal seine Verbeugung wiederholte.

Rechtsanwalt Philipps sprach, nachdem Seine Lordschaft die Verbeugungen vollendet und wieder Platz genommen hatte: „Dieses Mädchen, das heute im 39. Lebensjahre steht, hat ebenso schwer gelitten, wie unsere Soldaten, die den Schrecken des Krieges erlebt hatten. 20 Jahre — man faßt sich an den Kopf und hält es noch immer für unmöglich, daß eine Dame aus der allerbesten Gesellschaft, die sogar mit 4 Medaillen für ausgezeichnete Wohltaten im Dienste der Nächstenliebe von höchster Stelle ausgezeichnet wurde, diese Tragikomödie von der Grausamkeit und der Selbstsucht aufführen durfte. Und mitten unter uns, mitten in der Hauptstadt unseres Reiches, im Zentrum der Zivilisation! Ist es nicht ein Wunder, daß Sarah Turner noch gesund blieb, und daß sie imstande sein wird, ein neues Leben zu beginnen, das ihr hoffentlich jeder von uns nach seinen besten Kräften erleichtern wird? Hat Frau Margrit Page noch die Stirn zu behaupten, daß sie nichts anderes wollte, als die Seele von Sarah Turner retten? — Ich beantrage daher — —"

Der Antrag des Rechtsanwalts braucht uns nicht zu interessieren. Viel interessanter ist das Urteil, das Richter Randolph nachher seinem Sekretär diktierte. Richter Randolph warf, als er nach der Verhandlung in sein Amtszimmer zurückkehrte, die schwere, gekräuselte Perücke, die ihm immer Kopfschmerzen bereitete, auf einen Aktenhaufen, und er ruderte mit den Armen durch die Luft, um die Gliederstarrheit loszuwerden, die ihn plagte. Denn er war kein junger Mann mehr, obwohl seine faltenlose Stirn und der weiche Mund mit den kirschroten, runden Lippen ihm noch immer das Aussehen eines nachdenklichen Feinschmeckers und Musikliebhabers gaben. Dann klingelte er Dayton, seinen Sekretär, an den Schreibtisch und diktierte:

„In Anbetracht des besonderen Schadens und der erlittenen Vermögenseinbuße, die Frau Margrit Page dem Dienstmädchen Sarah Turner zufügte, erkennt das Gericht Seiner Majestät, daß Frau Page an Fräulein Turner eine Geldentschädigung von 40 000 Schilling, einmalig zahlbar, zu entrichten hat. — Haben Sie, Dayton? Vierzigtausend — schreiben Sie auch in Buchstaben! — Haben Sie, Dayton?" „Jawohl, Euer Lordschaft." „Dann fahren Sie fort: „Das Gericht konnte sich zu einer Freiheitsstrafe nicht entschließen, weil Frau Page glaubhaft nachweisen konnte, daß die Klägerin nicht gewaltsam im Hause der Frau Page zurückgehalten wurde, sondern selbst bei wiederholten Fluchtversuchen stets im letzten Moment von der Hausschwelle wieder freiwillig in ihre Kammer zurückkehrte und sogar darum ausdrücklich ersuchte, wieder an ihr Strohlager angebunden zu werden."

Während Richter Randolph so diktierte, rutschte Sekretär Dayton unruhig auf seinem Sessel umher. Der Richter fragte:

„Was haben Sie denn an Ihrer Maschine, Dayton?" Dayton erwiderte: „Sie ist arg verstaubt, Euer Lordschaft, ich glaube, es wäre das beste, ich kriegte eine ganz neue Maschine. Mit dem verrosteten Klapperkasten hier findet sich kein ordentlicher Mensch mehr zurecht, Euer Lordschaft."

Ungeduldig warf Richter Randolph seinem Sekretär die Worte hin: „Dann stellen Sie einen schriftlichen Antrag, Dayton!"

„Ja", sagte Dayton pikiert, „es wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als einen Antrag zu stellen."

Dann setzte er noch hinzu: „Darf ich mir noch eine Frage erlauben, Euer Lordschaft?" Richter Randolph entgegnete: „Was wollen Sie denn noch?" Sekretär Dayton: „Ist es wahr, Euer Lordschaft, daß im Unterhaus ein Gesetzentwurf vorbereitet wird, der für besondere Roheitsakte wieder die Prügelstrafe einführt?" Richter Randolph: „Sie sind ja verrückt, Dayton!"

Jambus: Der Blick

„Teifi, Teifi, Himmi, Kruzifixtürken!"

Der Oberwiesner lag auf der Fensterbank der großen Bauernstube. Mit beiden Händen umklammerte er seinen rechten Oberschenkel, den er auf der Bank ausgestreckt hatte. Sein Gesicht war zu einer schmerzerfüllten Grimasse geworden.

„Himmi, Himmi, oh je, oh je!"

Die kahle Stube hallte wider von dem dumpfen Wimmern. Die weißen Wände warfen sich gegenseitig des Bauern Klagen zu.

Die Hochtanne vor dem Fenster gab schwere, lange Schatten. Der Hund an der Kette heulte laut und langgezogen. Die Sonne sank hinter den Wipfeln des Bergwaldes.

Der Bauer starrte vor sich hin. Die kleine Wunde am Fuß hatte er gar nicht beachtet. Nun war das ganze Bein geschwollen.

„Blutvergiftung," hatte der Lehrer ihm gesagt. „Und wann du nit den Doktor willst, wird bald der Herr Pfarrer kommen müssen," hatte er hinzugefügt. Er kann das Bein nicht rühren. Alles ist ihm wie verwandelt. Und die Resi, seine Frau, läßt ihn mehr allein, als recht und billig ist. Er schläft hier auf der groben Fensterbank. Der Weg zum Schlafzimmer ist weit, viel zu weit für ihn.

Morgen wird er zum Doktor schicken. Schad' um das schöne Geld. Da hat er sich gerackert, Jahr um Jahr. Morgens in der Früh' mit dem ersten Hahnenschlag war er schon auf den Beinen, und die Dunkelheit sah ihn noch im Hof hantieren. Der Oberwiesner war ein angesehener Mann. Sein Vieh war sein Stolz. Der Acker trug gut, nur die Preise, die die verdammten Händler zahlten, „a richtige Ausgeschamtheit war dös".

Die Luft im Zimmer erdrückte ihn. Mühsam, unter großen Anstrengungen öffnete der Bauer das Fenster. Nun kam die Stille der Nacht zu ihm. Jedes kleinste Geräusch, das der Sonnentag verschlang, wurde lebendig. Die Nacht hatte ihre Geheimnisse und machte vieles offenbar.

Der Oberwiesner dachte an seine Kriegszeit, an den Schützengraben im Westen. Seit Tagen war kein Schuß gefallen. Er selber stand auf Horchposten. Da hatte er zum ersten Male in seinem Leben empfunden, wie laut eine stille Nacht sein kann. Er hatte ein Riesen unterdrückt. Aus dem anderen Schützengraben rief einer: „Voilà, Camarade!" Dann war etwas durch die Luft gewirbelt. „Klacks," hatte es gemacht und war neben ihm zu Boden gefallen. Keine Handgranate, die explodieren mußte, sondern eine Schachtel mit Zigaretten, beschwert durch einige Steine. Ein Freundschaftsgruß, der ihm damals unverständlich war. Heute begriff er plötzlich seinen Feind. Jetzt hätte er dem Unbekannten auch etwas schenken können. Aber damals waren seine Sinne gespannt. Er wollte sein Leben schützen. Ja, sein Leben wollte er verteidigen, auch jetzt. Er mußte wieder gesund werden.

Er war so wach und hellhörig wie damals an der Somme.

Da schleicht etwas durch die Nacht. Der Bauer preßt die Hand zur Faust. Mit vorgestrecktem Kopf lauscht er, vergißt Schmerz und Haus und Hof. Der Hund schlägt einmal an. Sein Ruf geht in leises Gurgeln über. So begrüßt er Bekanntes. Ein fernes Flüstern, das Schurren eines Riegels . . .

Der Bauer hat ein neues Gesicht. Wie seltsam die Resi zu ihm war, als er heimkehrte aus dem Dreck im Westen. Sein Bein stach ihn plötzlich bis zum Halse schlug sein Herz.

Darum also. Der Christelthomas. Kein Wort hatte ihm etwas verraten. Aber jetzt wußte er alles.

Er schleppte sich zur Tür. Die alte Bank vor dem Hause war vom dichten Schatten geborgen. Da saß er und wartete geduldig. Er wartete, bis das Fenster zu seinem Schlafzimmer, zum Zimmer der Resi aufgetan wurde, und ein Schatten in die Nacht huschte.

So fand der Knecht den Bauern am andern Morgen. Der Oberwiesner sprach kein Wort. Sein Gesicht war eingefallen in dieser Nacht, sein Haar war grau geworden.

„Jessas Maria," kreischte sein Weib.

Der Oberwiesner hatte das Sprechen verlernt. Das Essen blieb unbeachtet auf dem Tisch. Er ließ auch nicht den Doktor holen. Nur sein Blick zeigte, daß noch Leben in ihm war. Und dieser Blick folgte seinem Weibe. Dieser Blick fraß sich in ihr Herz. Sollte der Bauer, aber das war ja nicht möglich.

Angstgepeitscht eilt sie zum Christelthomas, berichtet von dem seltsamen Gebaren des Bauern. Sie klammerte sich an ihn.

„Es war a Sünd, Thomas," flüsterte sie erregt, es gibt a Unglück, der Herrgott wird uns strafen."

„Wird nit mehr lang machen, dein Mann, der Oberwiesner," gab der Christelthomas zur Antwort. „Brauchst koa Angst net habn. Bald bist frei und dann heiratn mir zwoa."

Die Resi schüttelte sich. „I kann's net aushaltn, wi a mi anschaut, oh mei, oh mei."

So a dumms Luder, dachte der Christelthomas. Fehlt grad noch, daß der Bauer mit seinem verrückten Getue ihm die Resi verrückt machte. Wär er damals im Westen geblieben, dann säße heut ein anderer auf dem schönen Hof. Und die Resi war im Grund die Seine. Warum hatte sie ihm der Oberwiesner mit seinem Geld weggschnappt. Jetzt will er die Resi und den Hof dazu. Das Schicksal meint es gut mit ihm.

„Na, Resi, muaßt ka Angst net habn. Hast net an mi gedacht, all die Jahre?"

Der Christelthomas gab der Resi keinen Trost. Fremd war seine Rede, die Habsucht stand in seinen Augen. Ohne einen Gruß schied sie von ihm.

Und nun fühlte sie daheim wieder des Bauern Blick. Sein Mund war stumm. Nur das Auge klagte an. Es klagte, ohne Unterlaß.

Der Bauer starb. Sein Blick war überall, wo seine Witwe war. Sie wich dem Werben des Christelthomas aus. Haus und Hof vernachlässigte sie. Stundenlang lag sie vor dem Kruzifix. Aber das tote Bild gab keinen Trost.

Wenn der Bauer gesprochen hätte, wenn er sie geschlagen hätte! Aber immer nur der allwissende Blick. —

Im Schlaf schrie sie auf. Das Gesinde ging ihr scheu aus dem Wege. Im Dorf bildeten sich Legenden.

Christelthomas ging mit verbissener Wut umher. Umbringen hätte er den Bauern können, wenn der nicht schon tot und begraben wäre. Der Weg zur Resi war ihm versperrt.

„Warten nur halt ab," sagte er zu sich selbst.

Eines Tages war die Resi verschwunden. Der Untermüller hatte sie an der Donau gesehen. Ohne Gruß war sie an ihm vorüber geschritten. Dann hatte man ihre Spur verloren.

An jenem Tage war des Oberwiesners Weib den letzten Weg gegangen. Der Oberwiesner war ihr vorangegangen den steilen Uferpfad. Er hatte nichts gesagt, nur angeblickt hatte er sie wie damals, als er auf der Fensterbank kurz vor seinem Tode lag. Und dieser Blick war erst erloschen, als der Donaustrudel sein Weib in wildem Tanze in die Tiefe gerissen hatte.